



18 | 2003

56. Jg., 38.–40. KW, 30. September 2003

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

Martin Baethge, Dieter Spath und Marc Opitz

- Sind wir schon in der Dienstleistungsgesellschaft angekommen?

Forschungsergebnisse

Eckart Bomsdorf

- Neuordnung der Alterssicherung von Beamten

Daten und Prognosen

Reinhard Hild, Volker Rußig und Uwe Chr. Täger

- Konjunktur intensiv: ifo Branchen-Dialog

Matthias Balz

- Branchen im Blickpunkt: Gastgewerbe

Joachim Gürtler

- DV-Dienstleister: Silberstreif am Horizont

Im Blickpunkt

Hans G. Russ

- ifo Konjunkturtest September 2003

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Gebhard Flaig,
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel, Dr. Heidemarie C. Sherman, Dr. Martin Werding.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Druck: Fritz Kriechbaumer, Taufkirchen.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Sind wir schon in der Dienstleistungsgesellschaft angekommen?

3

In den letzten Jahren hat sich einiges in Deutschland auf dem Weg zur Dienstleistungsgesellschaft getan. Rein statistisch gesehen kann man bereits von einem Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft sprechen. Aber, nach Prof. Dr. *Martin Baethge*, Universität Göttingen, ist die »Auskunftsbarkeit bei der Frage des Charakters einer Gesellschaft – ob Dienstleistungs- oder noch Industriegesellschaft – ... begrenzt«. Vor allem der institutionelle Umbau ist, seiner Meinung nach, noch nicht abgeschlossen. Auch Prof. Dr. *Dieter Spath*, Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation und Universität Stuttgart, und *Marc Opitz*, Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation, beantworten die Frage mit »Jein«. Denn sie sehen noch erhebliche Defizite bei der Entwicklung und Leistungserbringung von Dienstleistungen.

Forschungsergebnisse

Denkanstöße zur langfristigen Neuordnung der Alterssicherung von Beamten

11

Eckart Bomsdorf

Aufgrund des demographischen Wandels stehen alle Alterssicherungssysteme auf dem Prüfstand. Von der Annahme ausgehend, dass es nicht praktikabel ist, die Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, entwickelt Prof. Dr. Eckart Bomsdorf, Universität zu Köln, Modelle die Pensionsansprüche von Beamten neu zu bestimmen. Grundgedanke ist es, die gesamte berufliche Laufbahn bei der Festsetzung des Ruhegehalts einzubeziehen. Die Ergebnisse zeigen, dass hier Einsparungen möglich sind, die langfristig eine Größenordnung von 20% erreichen können. Die Modelle sind sozial gerecht, indem sie die Pensionsansprüche bei Empfängern niedriger Bezüge nicht nur absolut, sondern auch relativ weniger dämpfen als die höherer Bezüge. (Zusammen mit anderem Maßnahmen, wie Erhöhung des Pensionsalters, langsamerer Zuwachs der Pensionsansprüche, Reduktion der Anrechnung von Ausbildungszeiten u.Ä. als ruhegehaltfähig und vollständiger Abbau der 13. Pension, kann langfristig die Last der Pensionsverpflichtungen im Rahmen gehalten werden. Daneben ist zu prüfen, ob für Beamte eine betriebliche Altersversorgung angeboten wird.)

Daten und Prognosen

Konjunktur intensiv: ifo Branchen-Dialog

19

Reinhard Hild, Volker Rußig und Uwe Chr. Täger

Am 23. Oktober 2003 wird das ifo Institut in Zusammenarbeit mit der IHK für München und Oberbayern seinen dritten Branchen-Dialog veranstalten. Aufgabe der Tagung ist es, die Fachöffentlichkeit über die gesamt- und branchenwirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland, der EU und anderen Industrieländern zu unterrichten. Der Dialog basiert auf der langjährigen Tradition der ifo Konjunkturgespräche. Die in den Foren vorgestellten Branchenanalysen und -prognosen des ifo Instituts bauen weitgehend auf den Ergebnissen der Gemeinschaftsdiagnose

der sechs beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute auf, die am den 21. Oktober 2003 in Berlin präsentiert werden. Darüber hinaus werden für die jeweiligen Branchenprognosen in den einzelnen Branchen der Industrie (wie Automobilindustrie, Maschinenbau, Elektrotechnische und Chemische Industrie), des Baugewerbes (wie Tief- und Hochbau), des Handels (wie Einzelhandel und Großhandel) und des Dienstleistungsbereichs (wie z.B. Software, Versicherungen) Daten aus der amtlichen Wirtschaftsstatistik sowie aus dem Konjunktur- und Investitionstest des ifo Instituts herangezogen, um eine fundierte Informations- und Datengrundlage zu besitzen. An diesem Dialog zwischen Politik und Wirtschaft werden u.a. der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, Dr. Otto Wiesheu und der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. h.c. W. Clement teilnehmen.

Gastgewerbe – anhaltende konjunkturelle Talfahrt endlich gestoppt? Branchen im Blickpunkt

25

Matthias Balz

In den letzten zehn Jahren musste das Gastgewerbe, der zentrale Bereich der Tourismuswirtschaft, rückläufige Umsätze hinnehmen. 2002 beschleunigte sich diese Entwicklung: Die Umsätze gingen nominal um 3,6% gegenüber dem Vorjahr zurück. Parallel dazu errechnete sich seit 1994 eine Personalreduzierung von 16,7%. Die Hoffnung auf eine Trendwende liegen jetzt im »Rekord-Sommer« 2003. Es gibt erste Anzeichen, dass die konjunkturelle Talfahrt im Gastgewerbe zu Ende sein könnte.

DV-Dienstleister: Silberstreif am Horizont

31

Joachim Gürtler

Nach den Ergebnissen der 34. Konjunkturumfrage für DV-Dienstleistungen, die schwerpunktmäßig im Juli und August 2003 stattfand, scheint die DV-Dienstleisterbranche die Durststrecke hinter sich zu lassen. Nach dem historischen Tief des Geschäftsklimas im vierten Quartal 2002 ist der Indikator im ersten Halbjahr 2003 wieder auf den Erholungspfad zurückgekehrt. Nahezu jeder dritte DV-Dienstleister rechnete damit, dass sich der Geschäftsverlauf in den nächsten sechs Monaten verbessert, 54% erwarteten eine gleichbleibende Entwicklung, nur noch 16% befürchteten eine Verschlechterung. Die Beschäftigung geht weiter zurück, eine durchgreifende Besserung ist im laufenden Jahr nicht in Sicht.

Im Blickpunkt

ifo Konjunkturtest September 2003 in Kürze

36

Hans G. Russ

Die konjunkturelle Stimmung in der deutschen Wirtschaft bessert sich zusehends. Das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Westdeutschlands hat sich im September bereits zum fünften Mal in Folge nach oben entwickelt. Völlig gesichert scheint der Aufschwung vorerst allerdings noch nicht, denn anders als im Vormonat resultiert die Aufwärtsentwicklung diesmal ausschließlich aus den erstmals seit dem Frühjahr 2002 wieder positiven Geschäftserwartungen, während sich die aktuelle Geschäftslage wieder etwas verschlechterte. In den neuen Bundesländern verharrte das Geschäftsklima auf dem Stand vom Vormonat. Hier wurde die leichte Besserung der Erwartungen durch die ungünstigere Beurteilung der aktuellen Situation kompensiert.

Sind wir schon in der Dienstleistungsgesellschaft angekommen?

In den letzten Jahren hat sich einiges in Deutschland auf dem Weg zur Dienstleistungsgesellschaft getan. Rein statistisch gesehen kann man bereits von einem Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft sprechen. Reichen die Statistik der Anteilswerte zur Beantwortung der Frage aus?

Statistisch Ja, institutionell Nein = Noch nicht

Dienstleistungsgesellschaft: ein kaum definierbarer Begriff

Die Statistik der sektoralen Wertschöpfungs- und Beschäftigungsstruktur scheint eine eindeutige Sprache zu sprechen. Nach Anteilen an der Bruttowertschöpfung und an der Beschäftigung ist Deutschland spätestens seit den achtziger Jahren eine Dienstleistungsökonomie, wenn man diese Bezeichnung daran bindet, in welchem der drei volkswirtschaftlichen Sektoren der Hauptteil (über 50%) der Wertschöpfung erbracht wird und der Erwerbstätigen Beschäftigung findet. Auch die Zuwachsraten in der Dienstleistungsbeschäftigung in den neunziger Jahren können sich im internationalen Vergleich sehen lassen, so dass Stille u.a. in Relation zu den USA davon sprechen, dass Deutschland in den neunziger Jahren »ebenfalls ein Beschäftigungswunder im Dienstleistungsbereich zu verzeichnen« gehabt habe (Stille et al. 2003, S. 35). Wenn man statt der sektoralen Zuordnung der Beschäftigung diejenige nach Tätigkeiten heranzieht, nähert sich Deutschland mit über 70% Dienstleistungsbeschäftigung dem Niveau vergleichbarer Volkswirtschaften an. Insofern scheint auch der Streit über die so genannte »Dienstleistungslücke« entschieden.

Allein die Statistik der Anteilswerte ist bei der Beantwortung der Frage, ob Deutschland schon eine Dienstleistungsgesellschaft ist, aus mehreren Gründen kein guter Ratgeber. Zunächst ist festzuhalten, dass unter Heranziehung der sektoralen *Beschäftigungsquote* (Anteil der in einem Sektor Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung) die Differenz beispielsweise zwischen Deutschland und USA immer noch beträchtlich groß ist, nämlich fast 13% beträgt; zudem hat Deutschland ei-

ne relativ niedrige Erwerbsquote und in den neunziger Jahren im Vergleich mit anderen OECD-Ländern eine der schlechtesten beschäftigungspolitischen Leistungsbilanzen aufzuweisen. Eine Erhöhung der Erwerbsquote und eine Verbesserung der beschäftigungspolitischen Leistungsbilanz aber ist nach Maßgabe des sektoralen ökonomischen Strukturwandels in erster Linie – wenn auch nicht ausschließlich – eine Frage des Ausbaus von Dienstleistungsbeschäftigung.

Aber die Auskunftsfähigkeit der Statistik ist bei der Frage des Charakters einer Gesellschaft – ob Dienstleistungs- oder noch Industriegesellschaft – auch aus grundsätzlicheren Erwägungen heraus begrenzt: Ab welchem Prozentsatz von Wertschöpfung und Beschäftigung ist die Grenze von einer Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft eigentlich überschritten – bei 50 oder 60% oder wann? Notabene: Wir sprechen aus gutem Grund von Dienstleistungs- und Industriegesellschaft, nicht nur von Dienstleistungs- oder Industrieökonomie. Wichtiger aber noch: Die Kategorie Dienstleistungssektor suggeriert schließlich eine ähnliche strukturelle Einheitlichkeit wie der Begriff Industrie. Ein kurzer Blick auf die Wirtschaftsstatistik belehrt uns eines besseren. Gleichgültig welche endgültige Einteilung von dem, was heute unter dem Sammelbegriff Dienstleistungssektor subsumiert ist, man wählt, die Heterogenität zwischen unternehmensbezogenen, personenbezogenen und/oder wissensintensiven, zwischen privat erbrachten und öffentlichen Dienstleistungen ist so groß, dass sich kein ähnlich einheitsstiftendes Merkmal herausfiltern lässt wie bei der Industrie mit dem Merkmal der maschinellen Produktion.



Martin Baethge*

* Prof. Dr. Martin Baethge ist Leiter des Soziologischen Forschungsinstituts an der Universität Göttingen.

Schon bei den Klassikern der Theorie der Dienstleistungsgesellschaft, Clark und Fourastié, war Dienstleistung eine Residualkategorie für alles, was nicht landwirtschaftliche oder industrielle Produktion war. Insofern ist nicht ersichtlich, welches Merkmal aus der Vielfalt man zum Leitkriterium für die Definition eines Gesellschaftstypus auswählen sollte. Der in der jüngeren Diskussion häufig propagierte Begriff der *Kundenorientierung* bleibt zu unspezifisch, um als Leitkategorie dienen zu können. Daniel Bell, der Mentor der jüngeren Dienstleistungsdebatte, wusste, warum er sich nicht auf den Begriff Dienstleistungsgesellschaft kaprizierte, sondern von »nachindustrieller« Gesellschaft sprach. Diese Sprechweise signalisiert, dass die Konturen eines neuen Gesellschaftstyps noch nicht klar bestimmbar, allenfalls negativ gegenüber der Industriegesellschaft zu bezeichnen sind (auch wenn Bell *Wissen* als neues Prinzip anbietet). In der Unsicherheit über die Definitionskriterien eines neuen Gesellschaftstyps scheint mir auch das zentrale Problem nicht nur der aktuellen beschäftigungspolitischen Debatte in der Bundesrepublik zu liegen, sondern der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung insgesamt.

Institutioneller Wandel: mit Unsicherheit leben

Deutschland war in den letzten 100 Jahren Industriegesellschaft *par excellence*, nicht nur im Sinne des ökonomisch dominierenden Sektors, sondern vielmehr in seiner wesentlichen institutionellen Verfasstheit, und es ist nicht überraschend, dass es in einer derartig industrialistischen Gesellschaft politisch überaus schwierig ist, sich von dem kompakten und außerordentlich erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialmodell der Industriegesellschaft zugunsten einer in ihren Konturen unsicheren Zukunft zu verabschieden. Genau hierum drehen sich die aktuellen politischen Debatten über Beschäftigungsformen und soziale Sicherungssysteme. Das »goldene Zeitalter« der Nachkriegsjahrzehnte (Eric Hobsbawm) war in Deutschland von einer Gleichgerichtetheit wirtschaftlichen Wachstums, Einkommensverbesserung für die breite Bevölkerung und Ausbau des Sozialstaats gekennzeichnet, deren ökonomische Basis die industrielle Produktion bildete. Deren Arbeitsverfassung prägte zugleich den außerökonomischen institutionellen Rahmen von Ausbildung, sozialen Sicherungssystemen, Struktur der Beschäftigungsverhältnisse, Familienleitbild und Organisation von Interessen, um nur die wichtigsten Institutionen anzuführen.

Beim Wandel von der Industrie- zu einer wie immer gearteten nachindustriellen Gesellschaft geht es also im Kern darum, eine neue Ordnung im Verhältnis von Ökonomie und den außerökonomischen institutionellen und sozialen Bedingungen ökonomischen Handelns zu finden. Institutioneller Umbau ist ein schwieriger und oft ein schmerzhafter Prozess, weil man gewohnte Verhältnisse und Verhaltensweisen aufgeben muss. Dies fällt umso schwerer, wenn nicht

genau erkennbar ist, was man sich einhandelt und wohin die Reise geht. In exakt dieser Situation befindet sich auch der Wissenschaftler, von dem verlangt wird zu sagen, wie der institutionelle Umbau denn nun vorstatten gehen soll. Er kann begründen, warum bestehende institutionelle Arrangements nicht mehr tragfähig sind, kann die Kritik aber nicht bereits konstruktiv in die Zeichnung eines neuen Institutionengerüsts umsetzen. Seine Schwierigkeit beruht nicht nur darauf, dass die Konturen einer nachindustriellen Gesellschaft sich noch nicht klar abzeichnen; sie ist auch darin begründet, dass Institutionenumbau nicht als Austausch eines Modells gegen ein anderes vorstatten geht, sondern als mühevolle Transformation, eben als Umgestaltung des bestehenden institutionellen Rahmens. Politik und Gesellschaft müssen sich dementsprechend auf etwas einstellen, was in besonderem Maße in Deutschland schwer fällt: auf eine Phase des Experimentierens und der Unsicherheit.

Unter dieser Prämisse lässt sich genügend sagen, um politisches Handeln auf unterschiedlichen Ebenen, sowohl der unmittelbaren ökonomischen Akteure als auch der Interessenorganisationen und politischen Repräsentanten, zu ermöglichen. Die Behauptung, die der folgenden Argumentation zugrunde liegt, geht dahin, dass die Bewältigung der Beschäftigungskrise in Deutschland nicht allein von der Wiedergewinnung eines wirtschaftlichen Wachstumspfad abhängig ist, sondern dass ein solcher langfristig nur über eine Veränderung der außerökonomischen institutionellen und sozialen Bedingungen wiedergewonnen werden kann.

Was ist an der institutionellen Ordnung der Industriegesellschaft in Deutschland problematisch für den Übergang in eine nachindustrielle Gesellschaft?

Vom Industrialismus zu einer nachindustriellen institutionellen Ordnung

Es ist nicht die Stärke des Anteils der industriellen Produktion an Wertschöpfung und Beschäftigung (diese ist selbst nach dem immensen Beschäftigungsabbau in den neunziger Jahren als stark einzustufen). Einen ökonomisch starken Industriesektor zu haben, ist kein Nachteil für die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft. Der Ausbau der Dienstleistungen ist in der Vergangenheit zum großen Teil dem Erfolg der industriellen Produktion im Sinne von sekundären Verteilungseffekten wie auch von Verschiebungen in der primären Nachfrage von materiellen Gütern zu Diensten zu danken. Problematisch ist, dass sich bis heute die Entwicklung der Dienstleistungen unter dem Primat des institutionellen und normativen Rahmens industrieller Produktion vollzogen hat. Das heißt zugespitzt, dass die Dienstleistungswirtschaft kaum *eigenständige Muster der Spezialisierung* und *Arbeitsorganisation*, kaum *eigenständige Qualifizierungsformen* und *Interessenvertretungsorganisationen*,

keinen eigenen Begriff von *Effizienz und Produktivität* ausgebildet hat (vgl. hierzu und zu Folgendem Baethge 2001). Stichwortartig sei dies an drei institutionellen Settings erläutert: an der Betriebs- und Arbeitsorganisation, an der Ausbildung und an der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

Ad 1: Die industrielle *Betriebs- und Arbeitsorganisation* war durch das vertikal hochintegrierte und stark hierarchisch sowie hoch arbeitsteilig organisierte Groß- und Mittelunternehmen geprägt. Vertikal hoch integriert hieß: nicht nur möglichst alle Funktionen des Fertigungsprozesses unter einem Dach zu vereinen, sondern ebenso die industriellen Dienstleistungen von FuE bis zum Kantinenwesen. Die mit diesem Modell angestrebte Autarkie und Rationalität mag unter den Bedingungen standardisierter Massenproduktion und relativ stabiler Märkte hoch effizient gewesen sein. In dem Augenblick, in dem die Märkte in Bewegung gerieten, die Innovationszyklen kürzer und die Kundenbedürfnisse differenzierter werden, verändert sich auch in der Industrie das Gewicht der Funktionsbereiche zueinander, treten die Innovationsfunktionen und die Markt organisierenden Kompetenzen stärker in den Vordergrund und lösen sich aus dem Schlepptau der Produktion. Verbunden ist damit eine höhere Spezialisierung und Professionalisierung dieser unternehmensbezogenen Dienstleistungen, als sie in den herkömmlichen vertikal integrierten und stark hierarchisch und arbeitsteilig strukturierten Unternehmen im Allgemeinen zu erreichen ist.

Es mag an diesem institutionellen Erbe liegen, dass Deutschland in den neunziger Jahren im internationalen Vergleich bei den wissensintensiven unternehmensbezogenen Dienstleistungen zurückgefallen ist (vgl. Ochel 2001). Dezentralisierung von Verantwortlichkeit, organisatorische Verselbständigung oder Auslagerung von Dienstleistungen, der Weg zu kleineren Einheiten, sind Antworten auch der deutschen Industrieunternehmen auf diese Situation. Die Zukunft gehört nicht mehr den großen Tankern, vielmehr Netzwerken von eigenständig operierenden kleinen Einheiten in und außerhalb von Unternehmen.

Was schon in der Industrie problematisch geworden ist, war im Bereich von Dienstleistungen schon immer selten sinnvoll. Standardisierung ist nur in begrenzten Bereichen funktional und verfehlt oft die individualisierten Bedürfnisse von Kunden/Klienten/Patienten. Großbetriebliche Organisation erweist sich oft als wenig funktional und reaktionsfähig gegenüber wechselnden Bedürfnissen. Dies gilt für die Krankenversorgung unter Umständen ähnlich wie für Wissenstransfer in FuE. Es kommt nicht von ungefähr, dass in den innovationsstarken Bereichen z.B. der neuen Technologien kleinere Einheiten mit einer flexiblen Arbeits- und Zeitorganisation vorherrschen.

Ad 2: Das Kernstück des deutschen Bildungssystems liegt bis heute im mittleren Bildungswesen, in dem die duale Be-

rufsausbildung dominiert und (inklusive der vollzeitschulischen Berufsausbildung) noch heute annähernd 70% eines Geburtsjahrgangs ausbildet. Dieses Berufsbildungssystem, um das Deutschland jahrzehntelang in der Welt bewundert und beneidet wurde (ohne dass freilich eine der großen Industrienationen es nachzuahmen versuchte), basiert auf einem Typ von Wissen und Fähigkeiten, bei dem praktische Erfahrung im Sinne von Anschauung und Nachahmung in Arbeitsprozessen die zentrale Rolle spielt. Die langfristige Entwicklung in der Arbeit entfernt sich immer mehr von diesem Typ von Wissen hin zu Tätigkeiten, bei denen ein hohes Maß an formalem Wissen, analytischer Kompetenz und theoretischer Reflexions- und Problemlösungsfähigkeit erforderlich ist. Zieht man zusätzlich in Betracht, dass Arbeitssituationen zunehmend häufiger wechseln und berufliche Kontinuität abnimmt, wird die Fähigkeit zur Kontrolle des eigenen Wissens und zu seiner selbständigen Erneuerung oder Erweiterung eine unabdingbare Voraussetzung, um Arbeitsaufgaben bewältigen und die eigene Erwerbsbiographie gestalten zu können.

In eben diesen Wissensdimensionen ist das deutsche Berufsbildungssystem eher schwach, es vermittelt zu wenig Mobilitäts- und Lernkompetenz. Zudem hat es in den Dienstleistungssektoren nie die Rolle gespielt wie in Handwerk und Industrie. Es könnte sein, dass zwei aktuelle Probleme des deutschen Bildungssystems auf die gleiche strukturelle Schwäche des Systems zurückzuführen sind. Der Mangel an Ausbildungsplätzen könnte weniger mit Unternehmerboykott als vielmehr damit zu tun haben, dass sich für die von ihnen nachgefragten Qualifikationen Hoch- und Fachhochschüler besser eignen als Absolventen der dualen Ausbildung. Dies würde zugleich die der deutschen Bildungspolitik von der OECD in ihrem letzten Bildungsbericht ins Stammbuch geschriebene Schwäche bei den Studenten- und Hochschulabsolventenquoten (die hinter der gestiegenen Nachfrage zurückbleiben) erklären.

Die Durchlässigkeit zwischen (mittlerem) Berufsbildungssystem und Hochschulsystem ist zu gering, um langfristig den Bedarf an Hochqualifizierten, der vor allem ein solcher in Dienstleistungsfunktionen ist, zu decken. Ein institutioneller Umbau des Bildungssystem, bei dem die Stärken des dualen Systems in der Qualifizierung der unteren und mittleren Beschäftigtengruppen erhalten und Schwächen in der Durchlässigkeit zu Hochschulen behoben werden, ist überfällig.

Ad 3: Erst langsam setzt sich auch hierzulande die Einsicht durch, dass die Expansion des Dienstleistungssektors nur um den Preis eines *neuen Arrangements des Geschlechterverhältnisses* in der Erwerbsarbeit zu haben ist. Das Familienleitbild des Industrialismus sah als Norm eine klare Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau vor, bei der die Frau für die (unbezahlte) Hausarbeit zuständig war, während der Mann der Erwerbsarbeit nachging, um seiner Funktion als

Alleinernährer der Familie gerecht werden zu können. Die Beibehaltung dieses nicht sehr frauenfreundlichen Leitbilds hemmt die Entwicklung zur Dienstleistungsökonomie in doppelter Weise: Zum einen lässt sie das wichtige Wachstumspotential des weiblichen Arbeitsvermögens nicht hinreichend zur Entfaltung kommen, zum anderen limitiert sie die Nachfrage nach kommerziellen personenbezogenen Dienstleistungen. Es gibt eine eindeutige Korrelation zwischen dem Ausbau von Dienstleistungen und der Frauenerwerbsquote in einem Land, und es gibt einen zweiten statistischen Zusammenhang zwischen Frauenerwerbsquote und Arbeitslosenquote von der Art, dass Länder mit einer hohen Frauenerwerbsquote (wie USA und Schweden) eher eine niedrige und Länder mit einer relativ niedrigen Frauenerwerbsquote (wie Deutschland und Frankreich) eher eine hohe Arbeitslosenquote aufweisen. Die Erklärung für diesen Sachverhalt ist einfach: Ein Großteil der Dienstleistungsentwicklung ist auf externalisierte frühere Familienfunktionen zurückzuführen. Ein Anstieg der Frauenerwerbsquote (gemessen in Köpfen) dürfte auch die Chance zu einem flexibleren Zeitregime erhöhen, und zwar nicht allein in der weiblichen Erwerbstätigkeit.

Die drei angeführten Beispiele verweisen auf tiefer greifende kulturelle Wandlungsprozesse in Unternehmen, im Bildungssystem und in den Familienstrukturen. Sie lassen sich durch notwendige Veränderungen in der Organisation der industriellen Beziehungen, in den Leistungskriterien für Erwerbsarbeit und dem System der sozialen Sicherung ergänzen, für die in einer nachindustriellen Gesellschaft die industrialistischen Normen und Muster nicht mehr angemessen sind. Sie alle sind politisch beeinflussbar und fordern die Politik in einer viel grundsätzlicheren Weise heraus, als es ihr gegenwärtig bewusst zu sein scheint. Insofern wird man mit D.C. North angesichts der Grundsätzlichkeit des Wandels skeptisch gegenüber der neoklassischen Annahme sein müssen, »dass unter den stets erfüllten Bedingungen von Knappheit und Wettbewerb effizientere Ordnungsformen weniger effiziente verdrängen und dass es möglich ist vorherzusagen, welche Formen sich herausbilden werden« (North 1988, S. 44).

Literatur

- Baethge, M. (2001), »Abschied vom Industrialismus«, in: M. Baethge und I. Wilkens (Hrsg.), *Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert?*, Opladen.
- North, D.C. (1988), *Theorie des institutionellen Wandels*, Tübingen.
- Ochel, W. (2001), »Unternehmensdienstleistungen als Motor für Wachstum und Beschäftigung«, *ifo Schnelldienst* 54 (9), 13–20.
- Stille, F., B. Preissl und J. Schupp (2003), *Zur Dienstleistungslücke*, Berlin.



Dieter Spath*



Marc Opitz**

Innovationspotentiale am Dienstleistungsstandort Deutschland durch Service Engineering stärken

Sind wir schon in der Dienstleistungsgesellschaft angekommen? Diese Frage hat zu Beginn des 21. Jahrhunderts seine Berechtigung. Vor zehn oder zwanzig Jahren hätte die Antwort eindeutig »Nein« gelautet. Sehr schnell wurde von der Service-Wüste Deutschland gesprochen. Wir würden in einer kundenfeindlichen Gesellschaft leben, in der wir uns gut ausrüsten müssten, um unbeschadet zu bleiben. In den letzten Jahren hat sich einiges in Deutschland auf dem Weg zur Dienstleistungsgesellschaft getan. Aus der Perspektive des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO), das als Einrichtung der angewandten Forschung die Entwicklungen seit Beginn begleitet, sollen hier ausgewählte Aspekte der Aktivitäten von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Fördergebern aufgezeigt, ein vielversprechender Ansatz zur Stärkung der Innovationsfähigkeit vorgestellt sowie der Blick in die nähere Zukunft geworfen werden.

Defizite am Dienstleistungsstandort Deutschland abbauen

Wenn die Frage, ob wir in Deutschland bereits in der Dienstleistungsgesellschaft sind, anhand von *Daten zur Wertschöpfung* beantwortet würde, wäre die Angelegenheit sehr einfach. Bereits seit den achtziger Jahren hat im Drei-Sektoren-Modell der Tertiärsektor, der auch häufig als Dienstleistungssektor bezeichnet wird, die größte Bedeutung. Der

* Prof. Dr.-Ing. Dieter Spath ist Leiter des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation und des Instituts für Arbeitswissenschaft und Technologiemanagement, Universität Stuttgart.

** Marc Opitz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Marktstrategie Team Service Engineering am Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation.

Primärsektor mit der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei nimmt mittlerweile einen verschwindend geringen Teil des Bruttosozialprodukts ein. Der Sekundäre Sektor, zu dem sich u.a. die für Deutschland wichtigen Branchen Maschinen-, Anlagen- und Fahrzeugbau sowie Pharma zurechnen lassen, steht volkswirtschaftlich gesehen mit Abstand auf Platz 2 hinter dem Dienstleistungssektor. Ähnlich verhalten sich die Proportionen zwischen den Sektoren, wenn man als Messgröße die Anzahl der Erwerbstätigen nimmt. Was zusätzlich beachtet werden muss, ist die Tatsache, dass auch im Sekundären Sektor zunehmend Dienstleistungen erbracht werden. Ursprünglich der Industrie zugeordnete Unternehmen zielen langfristig bei der Aufteilung ihrer Wertschöpfung zwischen Sachgütern und Dienstleistungen auf ein Verhältnis von 30 zu 70 oder gar 50 zu 50 ab. Rein volkswirtschaftlich gesehen, so das Zwischenfazit, haben wir bereits den Wandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft vollzogen.

Zur Vervollständigung dieses Bilds muss neben der quantitativen, auf die Wertschöpfung und Beschäftigung fokussierten Betrachtung noch eine qualitative, die Ergebnisse von Dienstleistungsaktivitäten bewertende Sicht erfolgen. Hier stellt sich die Frage, ob die Dienstleistungen die Interessen von Kunden, Eignern, Lieferanten oder Partner erfüllen. Insbesondere bzgl. des Nutzens für die Kunden wurde häufig Kritik geäußert. Mangelnde Dienstleistungscompetenz und kundenfeindliches Verhalten werden anhand von zahlreichen Beispielen von einigen Autoren belegt. So richtig die Kritik auch sein mag – eine Relativierung scheint an dieser Stelle angebracht. Die Mehrzahl der Beiträge zu dieser Diskussion befasst sich mit Dienstleistungen, die an Privatpersonen erbracht werden. Diese Business-to-Consumer-Leistungen sind aber nur der kleinere Teil; der meiste Umsatz wird mit Business-to-Business-Leistungen erzielt – also mit Dienstleistungen im Geschäft zwischen Unternehmen. Untersuchungen zur Dienstleistungsfähigkeit in diesem Bereich sind allerdings rar. So bleibt an dieser Stelle festzuhalten, dass in Deutschland die Zufriedenheit mit Dienstleistungen zwar noch erhöht werden kann, dass aber die Verallgemeinerung von einzelnen Beispielen im Endkundenbereich auf die gesamte Dienstleistungsökonomie mit Vorsicht zu interpretieren ist.

Es bestehen also noch merkliche Defizite bei Dienstleistungen am Standort Deutschland – auch wenn eine Generalisierung des Sachverhalts aufgrund der großen Heterogenität von Dienstleistungen vermieden werden sollte. Woran mag es aber liegen, dass *Deutschland* noch *Defizite* aufweist?

- Ist es Absicht der Dienstleister? – Dass z.B. Unternehmen bewusst Unzufriedenheit bei ihren Kunden hervorrufen wollen, ist sehr unwahrscheinlich. Vielmehr zeigt sich, dass die Unzufriedenheit der Kunden eher auf eine mangelnde Kundenorientierung zurückzuführen ist.

- Ist es Gewohnheit? – In einigen Unternehmen wird davon gesprochen, dass ein Mentalitätsproblem bestehe. Der Wandel von bürokratischen Organisationen zu kundenorientierten Dienstleistern wurde dort noch nicht vollzogen. Bei der Mehrheit der Unternehmen werden jedoch überkommene Gewohnheiten und Strukturen hinterfragt sowie an der Verbesserung der Dienstleistungscompetenzen gearbeitet. Neugründungen und neu gebildete Partnerschaftsnetze haben den Vorteil, dass sie von Beginn an kundenorientiertes Verhalten etablieren können und sich nicht mit dem Abbau oder der Transformation ungewünschter Gewohnheiten befassen müssen.
- Ist es Nicht-Wissen? – Für die Erfüllung der Anforderungen einer modernen Dienstleistungsgesellschaft sind neues Wissen und Fähigkeiten erforderlich. Die verantwortlichen Personen – Kundenkontaktmitarbeiter und Führungskräfte – müssen sich daher permanent weiter qualifizieren. So sind z.B. aktuell viele Personen im öffentlichen Sektor vor die Herausforderung gestellt, sich Wissen über moderne Dienstleistungscompetenzen wie Kundenorientierung, Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien, Prozessorientierung, dezentrale Organisationsstrukturen oder Steuerungsinstrumente anzueignen.
- Ist es Bequemlichkeit? – Im angelsächsischen Raum wird davon gesprochen, dass Dienstleister auch »eine Extra-Meile gehen« würden, um ihre Kunden zufrieden zu stellen. Häufig entsteht der Eindruck, dass deutsche Unternehmen es als nicht angemessen sehen, diese Extra-Leistung als Dienst für den Kunden auf sich zu nehmen. Vielfach liegt es aber daran, dass nicht die geeigneten Strukturen geschaffen wurden, dass z.B. Mitarbeiter nicht mit ausreichenden Verantwortlichkeiten und Befugnissen ausgestattet sind.
- Ist es, weil wir nicht wirtschaftlich ausgerichtet sind? – Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass sich eine hohe Kundenzufriedenheit positiv auf wirtschaftliche Kenngrößen wie Umsatz oder Gewinn auswirken. Zufriedene Kunden bleiben länger beim Unternehmen, nehmen mehr Dienstleistungen in Anspruch und sprechen deutlich mehr Empfehlungen aus. Dienstleistungsexzellenz ist also nicht nur Selbstzweck, sondern hat positive Effekte auf Kunden und Unternehmen. Eine fehlende wirtschaftliche Ausrichtung kann bei Unternehmen nicht angenommen werden, jedoch bestehen bei ihnen z. T. mangelnde Kenntnisse über die Wirkungszusammenhänge zwischen Kunden- bzw. Mitarbeiterzufriedenheit und wirtschaftlichem Erfolg.
- Oder bestehen gar Defizite als Dienstleistungsland, weil wir die wirtschaftlichen Vorteile von guten Dienstleistungen nicht benötigen? – Das deutsche Wirtschaftswunder liegt in der Vergangenheit. Heute stehen die Unternehmen in intensivem Wettbewerb; Vorteile durch eine günstige Marktstellung sind nur temporär. Die Anzahl der Organisationen, die sich schlechte Dienstleistungen leisten können, tendiert gegen null.

Die zunehmende wirtschaftliche Bedeutung von Dienstleistungen sowie die noch bestehenden Defizite waren Auslöser, dass in den neunziger Jahren von Bund und Ländern diese Thematik aufgriffen und F&E-Aktivitäten eingeleitet wurden. Das größte Förderprogramm startete das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit der Initiative »Dienstleistungen für das 21. Jahrhundert«. Ziel war es, die Innovations- und Zukunftspotentiale des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu mobilisieren und zu stärken. Auf Basis einer vom BMBF geförderten Grundlagenuntersuchung »Dienstleistung 2000plus« konnten relevante Forschungsfelder identifiziert und Maßnahmen initiiert werden.

Innovationsfähigkeit durch Service Engineering stärken

Im Rahmen von Forschungsprojekten wurden Strategien, Konzepte und Methoden entwickelt, wie Organisationen erfolgreich mit Dienstleistungen sein können. Als konzeptioneller Rahmen für den Aufbau von Dienstleistungs Kompetenzen kann eine Betrachtung anhand des *Lebenszyklus von Dienstleistungen* (vgl. Abb. 1) erfolgen. Dienstleistungen entstehen in der Innovationsphase, werden dann entwickelt und vermarktet, bevor sie schließlich für Kunden erstellt werden. Nicht zeitgemäße Dienstleistungen werden von optimierten oder neuen Leistungen abgelöst, wodurch die Verbindung zum nächsten Lebenszyklus geschaffen wird.

In jeder dieser Phasen bestehen Gestaltungsmöglichkeiten für Unternehmen. In der Innovationsphase sind z.B. Fragen der Innovationskultur oder Kreativitätsförderung relevant. Bei der Dienstleistungsentwicklung sind Konzepte gefragt, die gleichermaßen Kunden- und Marktorientierung als auch

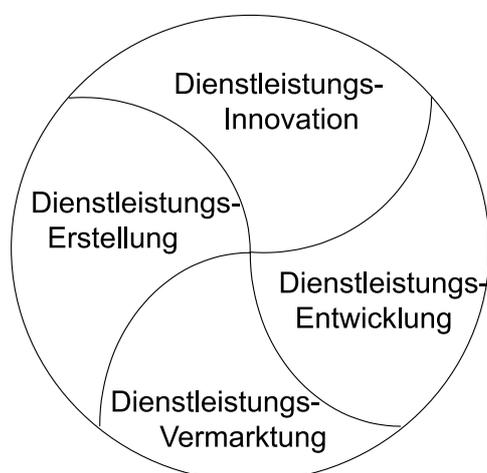
die Wirtschaftlichkeit neuer Dienstleistungen berücksichtigen. In der Vermarktungsphase sind auf Basis eines Produktmodells die Gestaltung von Preismodellen, der Absatzwege, des Kommunikationssystems sowie des Vertriebs relevant. Die Phase der Dienstleistungserstellung umfasst Themen wie Interaktion zwischen Kunde und Unternehmen, Kunden-Lieferanten-Beziehungen und Optimierung der internen Prozesse.

Mittlerweile wird vermehrt die Sichtweise vertreten, dass bereits in frühen Phasen des Dienstleistungs-Lebenszyklus der Grundstein für guten Service gelegt wird und dass bei diesen Aufgaben ein systematisches und methodisches Vorgehen – u.a. üblich in der Produkt- und Softwareentwicklung – anzuwenden ist. Dienstleistungen werden dabei als gestaltbares Produkt angesehen. Diese ingenieurwissenschaftliche Herangehensweise, die sich hauptsächlich auf die Entwicklung von Dienstleistungen bezieht, wird als *Service Engineering* bezeichnet. Auch wenn vor- und nachgelagerte Phasen des Dienstleistungs-Lebenszyklus für den Erfolg bedeutungsvoll sind, soll hier beispielhaft näher auf Service Engineering eingegangen werden.

Service Engineering hat sich in Deutschland mittlerweile zu einer *eigenständigen Disziplin* entwickelt, zu der Vorlesungen an Universitäten gehalten werden und erste umfassende Publikationen¹ erschienen sind. Service Engineering beschäftigt sich mit der systematischen Entwicklung von Dienstleistungen unter Verwendung geeigneter Vorgehensmodelle, Methoden und Werkzeuge sowie mit dem Management von Dienstleistungsentwicklungsprozessen. Unter Vorgehensmodellen sind definierte Abläufe zu verstehen, die bei der Dienstleistungsentwicklung durchschritten werden. Methoden sind Handlungsvorschriften zur Erreichung bestimmter Ziele. Mit Werkzeugen ist Software gemeint, die bei Entwicklungsprojekten unterstützend eingesetzt werden. Eine wesentliche Rolle spielen bei der Entwicklung – aber auch in nachgelagerten Phasen des Dienstleistungs-Lebenszyklus – so genannte Produkt-, Prozess- und Ressourcenmodelle. Diese bilden das »Produkt« Dienstleistung ab und schaffen dadurch eine Grundlage für die unternehmensinterne Diskussion. Sie haben bedeutende Funktion für die Planung und Einführung von Dienstleistungen sowie die Kundenkommunikation.

Service Engineering stellt einen von mehreren denkbaren Wegen zur *Stärkung der Dienstleistungskompetenz* dar. Mit Service Engineering wurde allerdings ein Ansatzpunkt gewählt, der zu Deutschland passt. Wenn mit Experten im Ausland über den Dienstleistungsstandort Deutschland gesprochen wird, so zeigt sich häufig, dass sie noch das Bild einer Industrienation vor Augen haben. Es wird kaum wahr-

Abb. 1
Phasen im Lebenszyklus von Dienstleistungen



¹ Z.B. H.-J. Bullinger und A.-W. Scheer (Hrsg.), *Service Engineering: Entwicklung und Gestaltung innovativer Dienstleistungen*, Springer, Berlin 2003.

genommen, dass in Deutschland Kompetenzen im Dienstleistungsbereich bestehen; allerdings wird zugestanden: wenn in Deutschland eine Stärke bei Dienstleistungen im internationalen Vergleich besteht, dann im Entwickeln – denn Konstruktion und Design waren schon immer deutsche Kernkompetenzen.

Zukunftsfähigkeit des Dienstleistungsstandorts Deutschland sichern

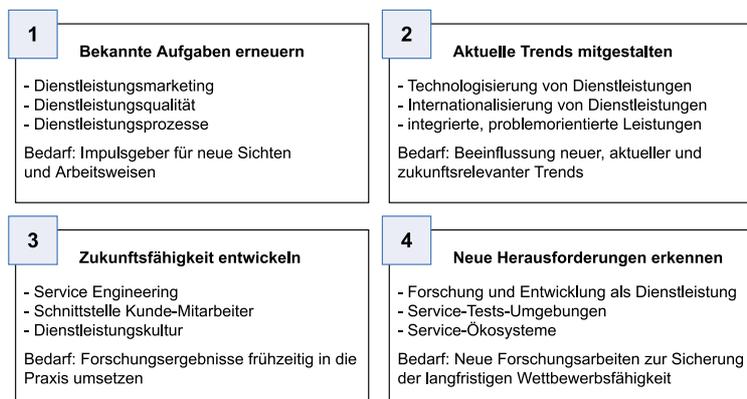
Wie diese Erläuterungen zum Service Engineering zeigen, können sich fruchtbare Ansätze aus Forschungsprojekten – diese waren Grundlage für die ersten Arbeiten zum Thema – herauskristallisieren. Anschließend muss der Transfer in die Praxis auf breiter Basis erfolgen. In diesen Schritten – von der Problemerkennung, über die Forschungsförderung zur Umsetzung in der Praxis – erfolgt gewöhnlich eine permanente Stärkung von Dienstleistungskompetenzen. Hierbei sind sowohl Unternehmen als auch Forschungseinrichtungen und Fördergeber gefragt. *Unternehmen* müssen aufgrund ihrer marktwirtschaftlichen Ausrichtung permanent ihre Dienstleistungskompetenzen weiterentwickeln, damit sie bei zunehmendem Wettbewerb auch zukünftig erfolgreich sind. Für die Zukunftsfähigkeit des Dienstleistungsstandorts Deutschland ist von Seiten der Praxis erforderlich, dass sie Offenheit für innovative Entwicklungen, Lernbereitschaft und Flexibilität aufweisen. *Forschungseinrichtungen* stehen vor der Aufgabe, empirisch und theoretisch abgeleitete Konzepte in die Praxis zu überführen. Sie setzen die vom Fördergeber vorgegebenen Ziele im engen Kontakt zur Wirtschaft um, zum Nutzen für Unternehmen und Kunden. Fördergeber haben die Aufgabe, durch zielgerichtete Förderprogramme Stoßrichtungen zu bestimmen, die sich positiv auf den Dienstleistungsstandort Deutschland auswirken. Langfristig orientierte Ziele und Programme mit visionärem Charakter sowie eine stabile Forschungsförderung sind dazu erforderlich.

Da, wie gezeigt, durch die Forschung nachhaltige Impulse für die Stärkung des Dienstleistungsstandortes Deutschlands gesetzt werden können, sei die Frage erlaubt, welchen Herausforderungen sich die zukünftige Dienstleistungsforschung zu stellen hat. Hier gilt es, vier Forschungsfelder anzugehen (vgl. Abb. 2). Erstens ist es erforderlich, dass *bekannte Aufgaben erneuert* werden. So gibt es bereits umfassende Arbeiten zu den Themen Dienstleistungsmarketing, -qualität und -prozesse. In diesen drei Gebieten gibt es vernachlässigte Aspekte, z.B. branchenspezifische Konzepte zur Dienstleistungsqualität. Zweitens müssen *aktuelle Trends mitgestaltet* werden. Die zunehmende Technologisierung von Dienstleistungen ist ein

Beispiel. Viele Dienstleistungen sind erst durch neue technische Entwicklungen möglich. Bei anderen Dienstleistungen werden Routine-Tätigkeiten durch Technik unterstützt oder abgelöst. Weiterhin gehören zu diesem Handlungsfeld das Thema Internationalisierung von Dienstleistungen sowie die Entwicklung und Erbringung von integrierten Leistungen, die an den Problemen der Kunden orientiert sind und sowohl Sachgüter als auch Dienstleistungs- und Software-Komponenten beinhalten. Eine dritte Herausforderung besteht darin, *Zukunftsfähigkeit zu entwickeln*. Hierbei adaptieren Unternehmen neueste Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung. Als Beispiel kann die oben beschriebene Disziplin Service Engineering genannt werden. Aufgabe der Unternehmen wäre es, Verantwortlichkeiten für die Dienstleistungsentwicklung zu bestimmen sowie Vorgehensweisen, Methoden und Werkzeuge festzulegen. Zusätzliche Aufgaben bestehen im Bereich der Dienstleistungsarbeit, die sowohl kulturelle Aspekte umfasst als sich auch mit der Gestaltung der Mensch-zu-Mensch-Schnittstelle zwischen Kunden und Unternehmen auseinandersetzt. Besondere Aufmerksamkeit sollte auch der Stärkung der Exportfähigkeit von Dienstleistungen und den Herausforderungen des soziodemografischen Wandels für die Dienstleistungsentwicklung gewidmet werden. Viertens gilt es, *neue Herausforderungen zu erkennen*. Aktuelle Probleme, zu denen es noch unausgereifte Lösungen gibt, werden ebenso aufgegriffen wie zukünftige, visionäre Themen. Beispiele für Themen diesen Typs sind die Betrachtung von Dienstleistungsästhetik, als die Kraft, die bei Kunden Wahrnehmung und Emotionalität beeinflusst, sowie Service-Tests-Umgebungen, bei denen Dienstleistungskonzepte und Prototypen wirksam auf ihre Eignung für den Markt überprüft werden. Ein gänzlich neues Forschungsfeld ist die Entwicklung von Gestaltungsprinzipien für Service-Ökosysteme, also für sehr komplexe Systeme, bei denen jede Subeinheit sowohl Dienstleister als auch Empfänger von Dienstleistungen ist. Unternehmen mit ihren vielen internen Dienstleistungen sowie ganze Städte sind Beispiele für Service-Ökosysteme.

Abb. 2

Herausforderungen für die Forschung



Zusammenfassung

Die eingangs gestellte Frage, ob wir schon in der Dienstleistungsgesellschaft angekommen seien, kann mit einem »Jein« beantwortet werden. Während rein statistisch Deutschland schon als Dienstleistungsland angesehen werden kann, bestehen noch erhebliche Defizite bei der Entwicklung und Leistungserbringung von Dienstleistungen. Noch bedeutsamer erscheint uns aber, dass insgesamt eine Steigerung der Innovationsfähigkeit und -dynamik bei den Dienstleistungen notwendig ist. Die zunehmende wirtschaftliche Bedeutung von Dienstleistungen wurde in den neunziger Jahren vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in ihrer Initiative »Dienstleistungen für das 21. Jahrhundert« aufgegriffen. Heute gilt es, die Stärkung der Innovationsfähigkeit und -dynamik der Dienstleistungen durch eine nachhaltige Forschungsinitiative auch in diesem Forschungssegment weiter zu unterstützen, damit auch im internationalen Vergleich der Dienstleistungsstandort Deutschland noch wettbewerbsfähiger wird und weitere Beschäftigungspotentiale erschlossen werden können.

Hinweis

Am 10. und 11. Dezember 2003 veranstaltet das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in der Bundeshauptstadt Berlin die 5. Dienstleistungstagung

»Erfolg mit Dienstleistungen – Innovationen, Märkte, Kunden, Arbeit«.

Rund 100 Referentinnen und Referenten aus Wissenschaft und Unternehmen, darunter auch die hier vertretenen Autoren, präsentieren aktuelle Forschungsergebnisse und innovative Unternehmensperspektiven in Plenumsveranstaltungen, Foren und Werkstätten.

Informationen finden sich auf der Internetplattform unter <http://www.dienstleistungstagung.de>. sowie in dem Newsletter www.dienstleistungstagung.de/newsletter.

Bis zum 15.10.2003 ist die Anmeldung zu Sonderkonditionen möglich.

Auskunft zur Tagung: Erik Zürn, IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung,
Tel.: +49(30)803088-47,
E-Mail: e.zuern@dienstleistungstagung.de

Im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel stehen alle Alterssicherungssysteme – wenn auch in unterschiedlichem Maße – auf dem Prüfstand. Ausgehend von der Voraussetzung, dass es aus mehreren Gründen nicht praktikabel ist, die Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, werden Modelle entwickelt, die Pensionsansprüche von Beamten neu zu bestimmen. Grundgedanke ist es, wie in der gesetzlichen Rentenversicherung die gesamte berufliche Laufbahn bei der Festsetzung des Ruhegehalts einzubeziehen. Die Ergebnisse zeigen, dass hier Einsparungen möglich sind, die langfristig eine Größenordnung von 20% erreichen können. Die Modelle sind sozial gerecht, indem sie die Pensionsansprüche bei Empfängern niedriger Bezüge nicht nur absolut, sondern auch relativ weniger dämpfen als die höherer Bezüge. Zusammen mit anderen Maßnahmen, wie Erhöhung des Pensionsalters, langsamerer Zuwachs der Pensionsansprüche, Reduktion der Anrechnung von Ausbildungszeiten u.ä. als ruhegehaltfähig und vollständiger Abbau der 13. Pension, kann langfristig die Last der Pensionsverpflichtungen im Rahmen gehalten werden. Daneben ist zu prüfen, ob für Beamte eine betriebliche Altersversorgung angeboten wird.

Beamte in die GRV – oder?

Der aktuelle und der zu erwartende demographische Wandel in Deutschland erfordern Reformen in den Alterssicherungssystemen (vgl. u.a. Deutscher Bundestag 2002, S. 315ff.). In der öffentlichen Diskussion stehen dabei die nicht kapitalgedeckten Systeme und hier in erster Linie die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) im Vordergrund. Ein populärer, um nicht zu sagen populistischer Vorschlag besteht darin, alle Erwerbstätigen in die Versicherungspflicht der GRV einzubeziehen. Dieser Vorschlag übersieht, dass dann zwar kurzfristig mehr Geld in die Rentenkassen fließt, langfristig dem aber auch Leistungsverpflichtungen entgegenstehen, die die demographisch induzierten Probleme der Rentenversicherung keineswegs lösen, sondern eher verschärfen. Zudem bliebe auch die Frage, wer – falls beispielsweise die Beamten in die GRV einbezogen würden – die bereits realisierten Pensionsverpflichtungen befriedigt. Die öffentlichen Arbeitgeber können dies nicht leisten, wenn sie gleichzeitig Arbeitgeberanteile für die aktiven Beamten entrichten sollen.

Als im Jahr 2000 der Vorschlag gemacht wurde, die so genannte 13. Pension langfristig vollständig abzubauen und aus einem Teil der ersparten Beträge einen Kapitalstock aufzubauen (vgl. Bomsdorf 2000), wurde dieser Ansatz unterschiedlich aufgenommen. Wäre dieser Vorschlag

damals realisiert worden, so wäre bereits heute die Pensionslast niedriger. Gegenwärtig wird verzweifelt versucht, unter Erweiterung des seinerzeit gemachten Vorschlags auf die aktiven Beamten, die öffentlichen Haushalte zu stabilisieren, ohne dass jedoch vorgesehen ist, aus einem Teil der Einsparungen einen Kapitalstock zu bilden.

In der vergleichenden Diskussion um die gesetzliche Rente und die Beamtenpensionen wird von Kritikern der Höhe der Pensionen eines gerne völlig übersehen:¹ Der öffentliche Dienst ist der größte Arbeitgeber in Deutschland. Große Unternehmen bieten eine – oft sehr gute – betriebliche Altersvorsorge zusätzlich zur gesetzlichen Rente. Die Pension muss daher mit der Summe aus gesetzlicher Rente und betrieblicher Altersvorsorge großer Unternehmen verglichen werden (vgl. Bomsdorf und Rürup 2001, S. 9). Darauf weist auch die Tatsache hin, dass der öffentliche Dienst seinen Angestellten neben der gesetzlichen Rente eine ergänzende Altersvorsorge bietet. Unabhängig davon begründet sich die Pension ursprünglich auf dem Alimentationsprinzip, welchem das Ziel einer amtsgemäßen le-

* Prof. Dr. Eckart Bomsdorf lehrt und forscht an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln.

¹ So z.B. auch vom Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler (2001, S. 66). Auf eine ausführliche Diskussion der Literatur zum Thema Neugestaltung der Beamtenpensionen soll hier verzichtet werden.

benslangen wirtschaftlichen Sicherstellung des Beamten und seiner Familie zugrunde liegt, und auf das hier nicht im Einzelnen eingegangen werden soll.² Gleichwohl müssen ebenfalls bei den Pensionen Maßnahmen ergriffen werden, die dem demographischen Wandel Rechnung tragen. Im Folgenden soll es nicht darum gehen, kurzfristig die Belastungen der öffentlichen Haushalte zu senken, sondern langfristig die zu erwartende Belastung zu reduzieren. Dieses Ziel muss dadurch erreicht werden, dass die Pensionsansprüche niedriger ausfallen. Dabei sollen nicht vorrangig Maßnahmen vorgeschlagen werden, die bereits bestehende Ansprüche mindern, sondern solche die zukünftige Ansprüche in geringerem Maß entstehen lassen. Einbezogen werden soll bei der Festsetzung der Pensionsansprüche gleichzeitig das in der gesetzlichen Rentenversicherung letztlich geltende Prinzip der Berücksichtigung der gesamten beruflichen Laufbahn.

Die Modelle

Die beitragsorientierten Alterssicherungssysteme wie die umlagefinanzierte GRV und die kapitalgedeckten berufsständischen Alterssicherungssysteme beruhen beide – wenn auch in unterschiedlicher Ausgestaltung – auf dem Äquivalenzprinzip. Für die späteren Auszahlungen sind sowohl die gesamte Länge der Beitragsphase als auch die – ggf. relative – Höhe der Einzahlungen und damit das jeweilige der Beitragszahlung zugrunde liegende Gehalt von Bedeutung. Dagegen spielt es bei Festsetzung einer Beamtenpension keine Rolle, welche Besoldungsgruppen durchlaufen wurden. Entscheidend ist im Regelfall neben der ruhegehaltfähigen Dienstzeit die direkt vor der Pensionierung zustehende sich aus Besoldungsgruppe und ggf. Dienstaltersstufe ergebende Besoldung.³ Dieses Prinzip wird in den folgenden Vorschlägen durchbrochen. Die durchlaufenen Besoldungsgruppen sollen in die Berechnung der Pensionsansprüche eingehen und zu einer Neubestimmung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge führen.⁴ Unterschieden werden drei Modelle, die in differenzierter Weise die jeweilige Beamtenlaufbahn berücksichtigen. Obwohl die absolute Höhe der Pensionsansprüche die Größe ist, die die Anspruchsberechtigten interessiert, soll hier die relative Veränderung der Pensionsansprüche im Vordergrund stehen, um die relative Ersparnis gegenüber dem Istzustand unmittelbar messen zu können. Die in der jeweiligen Situation sich nach der neuen Regelung ergebenden Pensionsansprüche⁵ (PA_{neu}) werden ermittelt und durch die nach der

gegenwärtig geltenden Regelung ergebenden Ansprüche (PA_{alt}) dividiert:

Es resultiert eine Messzahl $\left(\frac{PA_{neu}}{PA_{alt}}\right)$,

aus der sofort die durch die neue Regelung sich ergebende Reduktion der Ansprüche (in %) ablesbar ist:

$$100 \cdot \frac{PA_{neu}}{PA_{alt}} - 100.$$

Die Höhe der Ansprüche bzw. der Rückgang der Ansprüche hängt von den jeweils durchlaufenen Ämtern bzw. Besoldungsgruppen ab und kann nicht allgemein angegeben werden. Im Folgenden werden zunächst die einzelnen Modelle vorgestellt und formelmäßig erfasst. Aus Gründen der einfacheren Darstellung erfolgt eine Beschränkung auf die A-Besoldung; die Einbeziehung von B-, C-, R- und W-Besoldung nach den geschilderten Prinzipien ist ohne weiteres möglich. Die im Anschluss an die Modelle vorgelegten Rechnungen zeigen beispielhaft die Auswirkungen für den einfachen, den mittleren, den gehobenen und den höheren Dienst.

Sei A_{ij} die (aktuelle) Höhe der Besoldung⁶ in der Besoldungsgruppe i nach Dienstaltersstufe j , a_{ij} die Anzahl der Jahre, die Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe i und der Dienstaltersstufe j bezogen wurden.

$\sum_{i=2}^{16} \sum_{j=b_i}^{c_i} a_{ij}$ ergibt dann die in der aktiven Zeit als Beamter zurückgelegte ruhegehaltfähige Dienstzeit in Jahren⁷, die ggf. noch um weitere Zeiten zu erhöhen ist⁸ (z.B. Wehrdienst, Ausbildungszeiten etc., vgl. BeamtVG §§ 7–13).

Die gegenwärtige der Berechnung der Pensionen zugrundeliegende Besoldung ergibt sich im Regelfall direkt aus der bei der Pensionierung mit 65 Jahren erreichten Besoldungsgruppe und Dienstaltersstufe.⁹ Sie berücksichtigt also nicht den Laufbahnverlauf im Einzelnen. Dies geschieht in den folgenden Modellen, bei denen im Gegensatz zur gegenwärtigen Regelung alle durchlaufenen Ämter bzw. Be-

⁶ Es erfolgt eine Beschränkung auf das Grundgehalt.

⁷ Der Einfachheit halber wird über alle Besoldungsgruppen der A-Besoldung summiert, auch wenn üblicherweise je nach Laufbahn nur ein Teil in der Praxis in Frage kommt; dies wird durch die jeweiligen Werte für die Koeffizienten a_{ij} berücksichtigt. Da die Anzahl der Dienstaltersstufen von der Besoldungsgruppe abhängt, sind die Unter- und die Obergrenze von j von i abhängig. Die b_i und c_i hängen somit von der jeweiligen Besoldungsgruppe ab. So umfasst die Besoldungsgruppe A 2 die Stufen 1 bis 7, die Besoldungsgruppe A 16 die Stufen 6 bis 12. Für die Beispielrechnungen ist die ab 1. Juli 2003 für die alten Bundesländer geltende Besoldungstabelle verwendet worden. Es soll hier unberücksichtigt bleiben, dass früher noch die Besoldungsgruppe A 1 existierte.

⁸ Für die folgenden vergleichenden Betrachtungen spielen diese Zeiten allenfalls indirekt eine Rolle.

⁹ Es wird hier davon abstrahiert, dass für bestimmte Berufsgruppen das Alter für den Beginn des Ruhestands niedriger liegt. Auch spielt es für die grundsätzliche Betrachtung keine Rolle, dass bei der gegenwärtigen Regelung ein Beamter ein Ruhegehalt nach den Bezügen des letzten Amtes nur dann erhält, wenn er dieses mindestens drei Jahre innehatte.

² Vgl. hierzu beispielsweise die Darstellung von Thieme (1992).

³ Das sind die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge.

⁴ Dieser Grundgedanke wurde bereits bei der Einführung von Pensionen für Beamte diskutiert. Er findet sich z.B. bei Jakob (1821, S. 817f.); vgl. hierzu auch Thieme (1992, S. 56f.). Angesprochen – aber nicht explizit ausgeführt – wird er u.a. vom Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler (2001, S. 68).

⁵ D.h. letztlich das Ruhegehalt.

soldungsgruppen gemäß ihrem Anteil an der gesamten Dienstzeit bei der Berechnung der Pensionen berücksichtigt werden. Unterschieden wird bei den nachfolgenden Modellen danach, ob und wie die einzelnen durchlaufenen Dienstaltersstufen in die Berechnung einbezogen werden.

Modell 1 geht davon aus, dass bei der Berechnung der ruhegehaltfähigen Bezüge für jede durchlaufene Besoldungsgruppe die Bezüge der Dienstaltersstufe maßgebend sind, die am Schluss der Dienstzeit erreicht werden. Das wird im Regelfall die letzte Dienstaltersstufe sein.¹⁰

In Formeln errechnen sich dann die für die Pensionsfestsetzung relevanten ruhegehaltfähigen Bezüge wie folgt:¹¹

$$\frac{\sum_{i=2}^{16} \left(\sum_{j=b_i}^{c_i} a_{ij} \right) \max_j A_{ij}}{\sum_{i=2}^{16} \sum_{j=b_i}^{c_i} a_{ij}} \quad \text{Modell 1.}$$

Aus diesem fiktiven Gehalt ergibt sich nach Multiplikation mit dem persönlichen Pensionssatz die Höhe der Pension, d.h. das Ruhegehalt.

Im Gegensatz dazu würde sich das für die Pensionsfestsetzung relevante Gehalt nach der gegenwärtigen Regelung formelmäßig wie folgt darstellen:

$$A_{i^*j^*}$$

mit i^* höchste erreichte Besoldungsgruppe, j^* bei Besoldungsgruppe i^* höchste erreichte Dienstaltersstufe.

Es ist unmittelbar einsichtig, dass beide Ansätze nur dann zum selben Wert führen, falls der Beamte bzw. die Beamtin die ganze Dienstzeit in einer Besoldungsgruppe geblieben ist. In diesem Fall bestimmt sich die Pension als Prozentsatz der Bezüge der zuletzt erreichten Dienstaltersstufe dieser Besoldungsgruppe.

Bei Modell 1 kann gefragt werden, warum die am Ende der Dienstzeit erreichte Dienstaltersstufe für die in jeder Besoldungsgruppe erwarteten Ansprüche maßgebend sein soll. Diesem Einwand lässt sich einfach dadurch begegnen, dass die Ansprüche, die aus jeder Besoldungsgruppe erworben werden, sich nach der in dieser Besoldungsgruppe erreichten höchsten Dienstaltersstufe bestimmen (vgl. Modell 2).

¹⁰ Ggf. ist in der jeweiligen Besoldungsgruppe eine niedrigere Dienstaltersstufe zu wählen, falls die der höchsten erreichten Besoldungsgruppe entsprechenden Stufe in der betreffenden Besoldungsgruppe nicht existiert. In der schematischen Übersicht von Tabelle 1 wird dieser Fall nicht extra dargestellt.

¹¹ Für die aktuelle Höhe der Pensionen sind die nach der jeweils aktuell gültigen Besoldungstabelle geltenden Bezüge maßgeblich, d.h. die A_{ij} geben die jeweiligen Werte im Zeitpunkt der Pensionszahlungen an, womit auch die Dynamisierung der Pensionen gewährleistet ist.

In Formeln stellen sich die aus dieser Forderung resultierenden ruhegehaltfähigen Bezüge wie folgt dar:

$$\frac{\sum_{i=2}^{16} \left(\sum_{j=b_i}^{c_i} a_{ij} \right) A_{ij}}{\sum_{i=2}^{16} \sum_{j=b_i}^{c_i} a_{ij}} \quad \text{Modell 2,}$$

wobei j_i die höchste in der Besoldungsgruppe i erreichte Dienstaltersstufe angibt.

Danach werden in dem Fall, dass mindestens zwei Besoldungsgruppen durchlaufen werden, die Ansprüche geringer ausfallen als bei Modell 1. Mit Modell 2 würde somit stärker als nach Modell 1 auf die jeweilige Laufbahn Bezug genommen.

Soll die Pension in ihrer Höhe die gesamte Laufbahn hinsichtlich Besoldungsgruppe und Dienstaltersstufen widerspiegeln, so würde dies das folgende Modell 3 leisten. Zur Berechnung der Pensionsansprüche werden alle von der betreffenden Person durchlaufenen Ämter nach Besoldungsgruppe und Dienstaltersstufe – mit den jeweils aktuellen Gehältern – hinzugezogen:

$$\frac{\sum_{i=2}^{16} \sum_{j=b_i}^{c_i} a_{ij} A_{ij}}{\sum_{i=2}^{16} \sum_{j=b_i}^{c_i} a_{ij}} \quad \text{Modell 3.}$$

Dieses Modell berücksichtigt in vollem Umfang alle relevanten Daten. Es führt im Sinne einer die gesamte Beamtenlaufbahn einbeziehenden Bezüge zu einer gerechten Lösung, die hinsichtlich der Einbeziehung der beruflichen Laufbahn mit der GRV vergleichbar ist.

Tabelle 1 fasst noch einmal vergleichend zusammen, wie die spezifischen Laufbahnen bei den verschiedenen Modellen in die Berechnung des Ruhegehalts eingehen.¹²

Unter Berücksichtigung der eingangs gemachten Annahmen gilt

$$\frac{\sum_{i=2}^{16} \sum_{j=b_i}^{c_i} a_{ij} A_{ij}}{\sum_{i=2}^{16} \sum_{j=b_i}^{c_i} a_{ij}} \leq \frac{\sum_{i=2}^{16} \left(\sum_{j=b_i}^{c_i} a_{ij} \right) A_{ij}}{\sum_{i=2}^{16} \sum_{j=b_i}^{c_i} a_{ij}} \leq \frac{\sum_{i=2}^{16} \left(\sum_{j=b_i}^{c_i} a_{ij} \right) \max_j A_{ij}}{\sum_{i=2}^{16} \sum_{j=b_i}^{c_i} a_{ij}} \leq A_{i^*j^*}$$

¹² Gemäß der vorangehenden Darstellung erfolgt eine gewichtete Berücksichtigung der Besoldungsgruppen und Dienstaltersstufen.

Tab. 1
Prinzipien der Berechnung des Ruhegehalts nach Modell

Einbeziehung der spezifischen Laufbahn in die Berechnung des Ruhegehalts

Modell	Umfang der Einbeziehung der	
	Besoldungsgruppen	Dienstaltersstufen
geltendes Recht	nur letzterreichte	höchste insgesamt erreichte
Modell 1	alle durchlaufenen	höchste insgesamt erreichte
Modell 2	alle durchlaufenen	höchste in jeweiliger Besoldungsgruppe erreichte
Modell 3	alle durchlaufenen	alle in jeweiliger Besoldungsgruppe durchlaufenen

Diese Ungleichung zeigt, dass im Vergleich zum gegenwärtig geltenden Prinzip das dritte Modell die größten Auswirkungen auf die Höhe der Pension haben würde. Der Umfang der Reduktion der Pensionsansprüche gegenüber dem geltenden Recht lässt sich nicht allgemein, sondern nur exemplarisch darlegen. Die Auswirkungen der Modelle 1 bis 3 sollen daher im folgenden Abschnitt getrennt für den einfachen, den mittleren, den gehobenen und den höheren Dienst beispielhaft dargestellt werden

Beispiele

Die folgenden Beispielrechnungen stellen nicht typische Verläufe von Beamtenlaufbahnen in den Vordergrund, sondern sie sollen in erster Linie die verschiedenen Auswirkungen der drei Modelle skizzenhaft darlegen. Beim einfachen und beim mittleren Dienst wird für die Berechnung des Ruhegehalts der Beginn der Laufbahn bei einem Alter von 21 Jahren, beim gehobenen Dienst von 23 Jahren und beim hö-

heren Dienst von 25 Jahren angenommen.¹³ Für den regulären Eintritt in den Ruhestand wird ein Alter von 65 Jahren festgelegt, für die Berechnung des Ruhegehaltes werden die ab 1. Juli 2003 in den alten Bundesländern geltenden Grundgehälter und der Pensionshöchsatz von 71,75% der ruhegehaltfähigen Bezüge verwendet. Es werden auch Beispiele einbezogen, bei denen zum Schluss der Laufbahn ein Amt erreicht wird, dessen Besoldungsgruppe mit der des Eingangsamtes der nächst höheren Laufbahn übereinstimmt.

In den Tabellen wird zunächst angegeben, wie viele Jahre Gehalt gemäß der jeweiligen Besoldungsgruppe bezogen wird, anschließend wird durch eine Messzahl dargestellt, wie das Ruhegehalt sich gegenüber der geltenden Regelung entwickelt. Ein Wert von 90 bedeutet demnach, dass das Ruhegehalt 90% des vergleichbaren Wertes nach der gegenwärtigen Regelung beträgt. Abschließend wird das monatliche Ruhegehalt in Euro angegeben.

Die Beispiele wurden für alle Laufbahnen ähnlich und damit auch zwischen den Laufbahnen vergleichbar gestaltet. In den Tabellen werden sie nach der relativen Höhe des gemäß Modell 1 erreichten Ruhegehalts angeordnet. In Beispiel 1 werden einheitlich jeweils drei, in den Beispie-

¹³ Evtl. handelt es sich hierbei um einen fiktiven Beginn, der dadurch erreicht wird, dass Ausbildungszeiten u.ä. mit in die Berechnung einbezogen werden, wie es dem geltenden Recht entspricht. Es wird immer mit der nach der geltenden Rechtslage niedrigsten Besoldungsgruppe der Laufbahn begonnen, auch wenn das Eingangsamt der spezifischen Laufbahn u.U. einer höheren Besoldungsgruppe zuzuordnen wäre.

Tab. 2
Auswirkungen der Modelle 1 bis 3 auf das Ruhegehalt

Einfacher Dienst

Besoldungsgruppe	Beispiel 1	Beispiel 2	Beispiel 3	Beispiel 4	Beispiel 5
	Jahre in Besoldungsgruppe				
A 2	10	5	5	11	7
A 3	10	10	10	11	7
A 4	24	15	19	11	10
A 5	0	14	10	11	10
A 6	0	0	0	0	10
Modell	Ruhegehalt (relativ, geltendes Recht=100)				
Modell 1	97,21	95,76	95,43	94,35	92,36
Modell 2	96,33	94,91	94,59	93,42	91,22
Modell 3	95,22	93,80	93,47	92,43	90,52
Modell	Ruhegehalt (absolut, in Euro)				
geltendes Recht	1293,25	1341,39	1341,39	1341,39	1414,51
Modell 1	1257,19	1284,53	1280,15	1265,62	1306,51
Modell 2	1245,80	1273,14	1268,76	1253,09	1290,31
Modell 3	1231,39	1258,21	1253,84	1239,89	1280,45

len 2 bis 4 jeweils vier Besoldungsgruppen durchlaufen. Beim mittleren Dienst ist in den Beispielen 2 bis 5 das letzte erreichte Amt ein Amt der Besoldungsgruppe A 9, besoldungsmäßig dem Eingangsamt der Laufbahn des gehobenen Dienstes entsprechend. Beim einfachen und beim gehobenen Dienst enthalten erst die Beispiele 5 ein Amt, das der Eingangsstufe der nächst höheren Laufbahn entspricht. Alle Beispiele beziehen sich darauf, dass für die gesamte Beamtenlaufbahn das Ruhegehalt nach dem jeweiligen Modell festgesetzt wird. Die Tabellen 2 bis 5 sprechen weitgehend für sich, sie sollen daher im Folgenden nur kurz erläutert werden.

(1) Einfacher Dienst

Nach Modell 1 beträgt das Ruhegehalt zwischen 97,21% und 92,36% des Ruhegehaltes der gegenwärtigen Regelung (vgl. Tab. 2). Die Reduktion ist also sehr moderat. Bei Modell 3 (Beispiel 5) steigt die maximale Absenkung bis auf knapp 91/2%. Der Vergleich der absoluten Höhe der Ruhegehälter ergänzt die relativen Aussagen. Dabei ist zu beachten, dass diesen Ruhegehältern unterschiedliche berufliche Verläufe zugrunde liegen, so dass im horizontalen Vergleich nicht automatisch einem niedrigeren Prozentsatz ein niedrigeres Ruhegehalt entsprechen muss. Dies gilt jedoch innerhalb eines Beispiels für die verschiedenen Modelle, d.h. in vertikaler Betrachtung. Während nach der gegenwärtigen Regelung das monatliche Ruhegehalt 1 293,25 bis 1 414,51 € beträgt, liegt es bei den betrachteten Neuregelungen je nach Modell und Beispiel zwischen 1 231,39 und 1 306,51 €. In Beispiel 5 wird als letztes erreichtes Amt ein Amt der Besoldungsgruppe A 6, entsprechend dem Eingangsamt der Laufbahn des mittleren Dienstes, einbezogen.

(2) Mittlerer Dienst

Die Beispiele 1 bis 4 stimmen hier vom Konstruktionsprinzip mit den Beispielen 1 bis 4 vom einfachen Dienst überein (vgl. Tab. 3). Es zeigt sich folgendes Bild: Die Abschwächung der Pensionsansprüche gegenüber dem geltenden Recht fällt relativ – und damit auch absolut – stärker aus als beim einfachen Dienst. Während nach Modell 1 die maximale Abschwächung der Pensionen im einfachen Dienst bei gut 7 1/2% lag, ergibt sich hier ein Wert von knapp 13%, der bei Modell 3 auf fast 16 1/2% steigt. Das Ruhegehalt, das nach geltendem Recht zwischen 1 670,33 und 1 782,18 € liegt, reduziert sich in diesem Modell auf 1 490,16 bis 1 561,65 €. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Beispiel 5 hier anders konstruiert ist als Beispiel 5 für den einfachen Dienst.

(3) Gehobener Dienst

Die Beispiele 1 bis 4 entsprechen weitgehend den Beispielen 1 bis 4 für den einfachen und den mittleren Dienst, wobei in Übereinstimmung mit dem späteren Laufbahnbeginn hier insgesamt nur 42 statt 44 Dienstjahre unterstellt werden (vgl. Tab. 4). Die Abschwächung der Pensionsansprüche verstärkt sich bei Modell 1 bis auf nahezu 17 1/2%, bei Modell 3 sogar auf über 23% bei Beispiel 5, in dem zum Schluss ein Amt der Besoldungsgruppe A13 erreicht wird. Nach der gegenwärtigen Regelung liegt das Ruhegehalt zwischen 2 241,93 und 2 757,59 €, nach Modell 1 ergeben sich Werte zwischen 2 076,40 und 2 277,14 € nach Modell 3 liegt das Ruhegehalt zwischen 1 929,99 und 2 120,57 €.

Tab. 3
Auswirkungen der Modelle 1 bis 3 auf das Ruhegehalt
Mittlerer Dienst

Besoldungsgruppe	Beispiel 1	Beispiel 2	Beispiel 3	Beispiel 4	Beispiel 5
	Jahre in Besoldungsgruppe				
A 6	10	5	5	11	14
A 7	10	10	10	11	15
A 8	24	15	19	11	10
A 9	0	14	10	11	5
Modell	Ruhegehalt (relativ, geltendes Recht=100)				
Modell 1	94,60	92,29	91,72	89,73	87,17
Modell 2	92,32	89,80	89,23	87,85	85,95
Modell 3	90,26	87,63	87,06	85,81	83,61
Modell	Ruhegehalt (absolut, in Euro pro Monat)				
geltendes Recht	1670,33	1782,18	1782,18	1782,18	1782,18
Modell 1	1580,13	1644,79	1634,62	1599,08	1553,56
Modell 2	1541,96	1600,41	1590,24	1565,66	1531,75
Modell 3	1507,68	1561,65	1551,49	1529,32	1490,16

Tab. 4
Auswirkungen der Modelle 1 bis 3 auf das Ruhegehalt
Gehobener Dienst

Besoldungs- gruppe	Beispiel 1	Beispiel 2	Beispiel 3	Beispiel 4	Beispiel 5
	Jahre in Besoldungsgruppe				
A 9	10	5	5	10	8
A 10	10	10	10	11	8
A 11	22	14	17	10	8
A 12	0	13	10	11	8
A 13	0	0	0	0	10
	Ruhegehalt (relativ, geltendes Recht=100)				
Modell 1	92,62	88,96	88,29	86,08	82,58
Modell 2	89,20	84,70	84,72	82,88	78,88
Modell 3	86,09	82,43	81,76	80,22	76,90
	Ruhegehalt (absolut, in Euro pro Monat)				
geltendes Recht	2241,93	2477,42	2477,42	2477,42	2757,59
Modell 1	2076,40	2204,02	2187,20	2132,47	2277,14
Modell 2	1999,73	2098,44	2098,83	2053,40	2175,30
Modell 3	1929,99	2042,21	2025,63	1987,35	2120,57

(4) Höherer Dienst

Die Steigerung der relativen Abschwächungen des Ruhegehalts gegenüber dem geltenden Recht setzt sich beim höheren Dienst fort (vgl. Tab. 5). Die relativen Reduktionen liegen leicht über den vergleichbaren Werten beim gehobenen Dienst, wobei hier darauf verzichtet wird, ein Beispiel mit Beendigung der beruflichen Laufbahn in der B-Besoldung (z.B. B 3) einzufügen. Das nach dem geltenden Recht ermittelte Ruhegehalt, das zwischen 3 456,58 und 3 854,70 € liegt, sinkt nach Modell 1 auf Werte zwischen 3 129,44 und 3 426,21 €, nach Modell 3 sogar auf Werte zwischen 2 885,81 und 3 129,20 €.

Die Ergebnisse im Laufbahnvergleich

In Abschnitt 3 wurde bereits deutlich, dass die Modelle dazu führen, dass in vergleichbaren Situationen die relativen und damit auch die absoluten Abschwächungen der Ruhegehälter für den einfachen Dienst am niedrigsten, für den höheren Dienst am höchsten sind. Dieser Nivellierungseffekt zeigt, dass die Modelle auch eine soziale Komponente enthalten. Abbildung 1 verdeutlicht dies noch einmal direkt.¹⁴ Für die dieser Abbildung zugrunde liegenden Beispiele wird unmittelbar

¹⁴ Den Abbildungen 1 bis 3 liegen jeweils dieselben Grunddaten zugrunde. In jeder Laufbahn werden vier Besoldungsgruppen durchlaufen, wobei die fiktive Anzahl der Jahre in der ersten (letzten) Besoldungsgruppe im ein-

Tab. 5
Auswirkungen der Modelle 1 bis 3 auf das Ruhegehalt
Höherer Dienst

Besoldungs- gruppe	Beispiel 1	Beispiel 2	Beispiel 3	Beispiel 4	Beispiel 5
	Jahre in Besoldungsgruppe				
A 13	10	4	5	10	13
A 14	10	9	10	10	14
A 15	20	14	15	10	9
A 16	0	13	10	10	4
Modell	Ruhegehalt (relativ, geltendes Recht=100)				
Modell 1	92,06	88,88	87,40	85,13	81,18
Modell 2	87,06	83,70	83,44	80,65	77,60
Modell 3	84,57	81,18	79,95	78,42	74,86
Modell	Ruhegehalt (absolut, in Euro pro Monat)				
geltendes Recht	3 456,58	3 854,70	3 854,70	3 854,70	3 854,70
Modell 1	3 181,99	3 426,21	3 368,89	3 281,52	3 129,44
Modell 2	3 009,31	3 226,28	3 216,21	3 108,84	2 991,24
Modell 3	2 923,39	3 129,20	3 081,78	3 022,92	2 885,81

deutlich, welche relativen Auswirkungen die einzelnen Modelle haben. Abbildung 2 erlaubt einen direkten Vergleich der absoluten Höhe der Pensionsansprüche. Die absolute Reduktion des Ruhegehalts beträgt im höheren Dienst nach Modell 3 über 900 €, im einfachen Dienst dagegen weniger als 100 €. Dass sich damit auch die relativen Abstände zwischen den Pensionsansprüchen verringern, verdeutlicht Abbildung 3. So beträgt die Pension im einfachen Dienst ursprünglich nur rund 34,8% der des höheren Dienstes, nach Modell 3 beträgt sie dann 43,3%. Beim mittleren (gehobenen) Dienst verändert sich das Ruhegeld von 46,2% (64,3%) auf 53,9% (68,9%) der Ansprüche des höheren Dienstes.

Weitere Maßnahmen

Die vorgestellten Modelle zur Berechnung der Pensionsansprüche sind langfristig wirkungsvoll, gleichwohl müssen sie von anderen Maßnahmen begleitet werden. Zudem ist bei ihrer Einführung zu prüfen, inwieweit die öffentlichen Arbeitgeber noch eine kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge anbieten sollten oder ob die Möglichkeit der Riester-Rente allein reicht.¹⁵

Aus der Reihe möglicher Maßnahmen sei hier nur auf einige verwiesen:

- (1) Erhöhung des Pensionsalters von 65 auf 67 Jahre. Beispielsweise sollte ab 2011 das Pensionsalter jedes Jahr um einen Monat heraufgesetzt werden, bis es im Jahr 2034 bei 67 Jahren liegt.¹⁶
- (2) Weitgehende Beschränkung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit auf die aktive Dienstzeit. Bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Erziehungszeiten) sollten keine Zeiten, in denen der Beamte bzw. die Be-

Fortsetzung Fußnote 14:

fachen und im mittleren Dienst 5 (19) Jahre, im gehobenen Dienst 9 (13) Jahre und im höheren Dienst 12 (6) Jahre beträgt.

Für die in Tabellen 2 bis 5 dargelegten Beispiele lassen sich entsprechende Vergleiche direkt aus den Daten dieser Tabellen ziehen.

¹⁵ Ursprünglich war die Riester-Rente für die Beamten geöffnet worden, um die durch Verringerung des Pensionshöchstsatzes auf 71,75% entstehende Lücke schließen zu können.

¹⁶ Der Umfang und der Zeitplan der hier vorgeschlagenen Heraufsetzung des Pensionsalters entsprechen der bei der GRV diskutierten vergleichbaren Maßnahme.

Abb. 1

Pensionsansprüche nach Modell und Dienst (Beispiele) gemessen am geltenden Recht

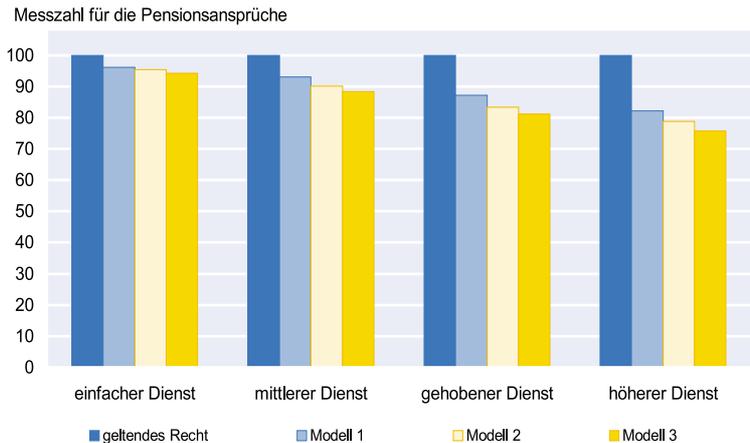


Abb. 2

Pensionsansprüche nach Modell und Dienst (Beispiele) absolut

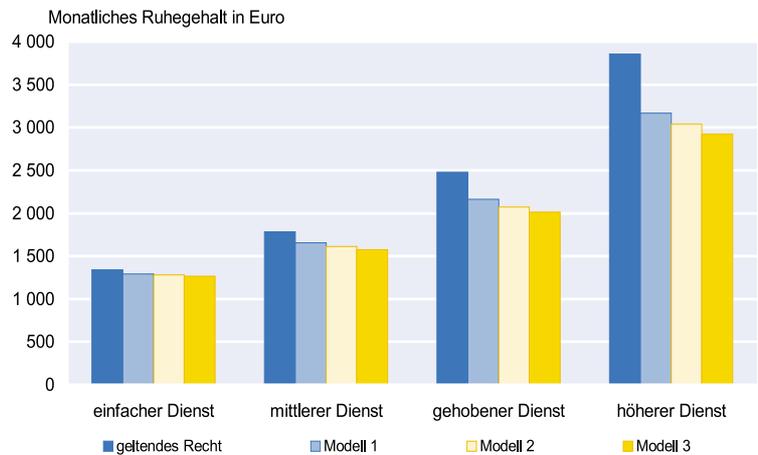
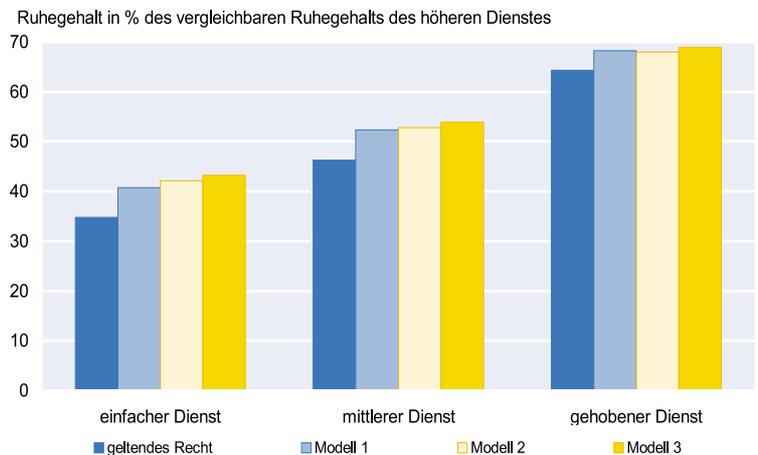


Abb. 3

Pensionsansprüche nach Modell und Dienst (Beispiele) gemessen an den Ansprüchen im höheren Dienst



amtin nicht im öffentlichen Dienst war, als ruhegehaltfähig anerkannt werden. Auch diese Regelung könnte schrittweise eingeführt werden.

- (3) Im Zuge der Erhöhung des Pensionsalters könnte die Anzahl der notwendigen Dienstjahre bis zur Höchstpension neu festgesetzt werden.¹⁷
- (4) Die häufig als 13. Pension bezeichnete Sonderzahlung¹⁸ ist schrittweise vollständig abzubauen. Dieser bereits früher ausführlich dargelegte Vorschlag soll gleichzeitig beinhalten, dass ein großer Teil der Einsparungen in einen Vorsorgefonds fließt, der dazu dient, die Belastung der öffentlichen Haushalte in den demographisch besonders kritischen Jahren erträglicher zu machen (vgl. Bomsdorf 2000).

Auch die Umsetzung dieser Vorschläge, die alle langfristig, zum Teil bereits kurz- und mittelfristig, ihre Wirkung entfalten, könnte die öffentlichen Haushalte in geeigneter Weise entlasten.

Resümee

Die Beamtenpensionen sind auf Dauer nicht mehr in der bisherigen Höhe finanzierbar. Selbst wenn berücksichtigt wird, dass das Ruhegehalt Basissicherung und Zusatzversorgung in einem darstellt, ergibt sich vor dem Hintergrund des zu erwartenden demographischen Wandels und aus der Tatsache, dass auch Beamte eine Förderung nach dem Prinzip der Riester-Rente in Anspruch nehmen können, die Notwendigkeit, zukünftig entstehende Pensionsansprüche zu senken.

Die hier vorgelegten Modelle tragen dem Rechnung. Es wäre unproblematisch, sie für alle neu einzustellenden Beamten unmittelbar einzuführen. Speziell Modell 3 würde der in der GRV geltenden Regelung der Einbeziehung der gesamten beruflichen Laufbahn bei der Ermittlung der Altersbezüge entsprechen und zugleich berücksichtigen, dass die Beamtenpensionen Basis- und Zusatzversorgung in einem sind. Für die bereits aktiven Beamten wäre es rechtlich gesehen am einfachsten, unter Erhalt der bisher erworbenen Ansprüche für zukünftige Dienstzeiten als Beamte die neue Regelung zu praktizieren. Dies würde einerseits dazu führen, dass langfristig die Ansprüche gegenüber der heutigen Regelung sinken, und andererseits dem Vertrauensschutz Rechnung tragen. Die Maßnahmen reichen jedoch nicht aus, um die Belastung der öffentlichen Haushalte im gewünschten Rahmen zu halten. Daher sind weitere Maßnahmen erforderlich. Dazu gehören in erster Li-

nie die Anhebung des gesetzlichen und des faktischen Pensionsalters verbunden mit einem späteren Erreichen der Höchstpension sowie der vollständige Abbau der 13. Pension – nicht des 13. Gehalts – verbunden mit dem Aufbau eines Vorsorgefonds. Dadurch wären sowohl die zukünftigen als auch die gegenwärtigen Pensionäre – wenn auch in unterschiedlichem Umfang – an einer Stabilisierung der öffentlichen Haushalte beteiligt.¹⁹

In jedem Fall gilt, dass die Politik gefordert ist. Dabei sollte nicht ein vermeintlicher Zwang zur Übertragung von Maßnahmen in der GRV auf die Beamtenpensionen, sondern eine systemadäquate, wirkungsvolle und zugleich sozial vertretbare Anpassung der Pensionsansprüche im Vordergrund stehen.

Literatur

- Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG), Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter in Bund und Ländern in der Fassung vom 16.3.1999, zuletzt geändert am 16.2.2002.
- Bomsdorf, E. (2000), »Ein Modell zur langfristigen Sicherung der Beamtenpensionen«. *Wirtschaftsdienst* 80, S. 167–171.
- Bomsdorf, E. und B. Rürup (2000), *Möglichkeiten der Übertragung von Reformmaßnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Systeme der Altersversorgung des öffentlichen Dienstes. Arbeitspapier für die Enquete-Kommission Demographischer Wandel des Deutschen Bundestages*. Köln–Darmstadt.
- Deutscher Bundestag (2002), »Schlussbericht der Enquete-Kommission Demographischer Wandel des Deutschen Bundestages. Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik«. *Zur Sache* 3/2002.
- Jakob, L. H. von (1821), *Staatsfinanzwissenschaft*. Halle.
- Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler (2001), *Zu den Rentenreformplänen der Bundesregierung*. Sonderinformation 40. Wiesbaden.
- Thiemer, B. (1992), *Das Alimentationsprinzip. Erklärungsansätze seit den Anfängen einer finanzwissenschaftlichen Theoriebildung*. Berlin.

¹⁷ Evtl. wären auch die prozentualen Abschläge bei vorzeitiger Pensionierung neu festzulegen, d.h. letztlich zunächst zu erhöhen, und dann – versicherungsmathematisch konsequent – degressiv wachsend zu gestalten.

¹⁸ Häufig nach dem Zahlungszeitpunkt auch als Weihnachtsgeld bezeichnet.

¹⁹ Dass diese Beteiligung nicht gleichgewichtig sein kann, ist allein aus Gerechtigkeitsabwägungen schon sinnvoll, da eine Riester-Rente in einem größeren Umfang von über 50-jährigen nicht mehr aufgebaut werden kann.

Reinhard Hild, Volker Rußig und Uwe Chr. Täger

Am 23. Oktober 2003 wird das ifo Institut in Zusammenarbeit mit der IHK für München und Oberbayern seinen dritten Branchen-Dialog veranstalten. Aufgabe der Tagung ist es, die Fachöffentlichkeit über die gesamt- und branchenwirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland, der EU und anderen Industrieländern zu unterrichten. Der Dialog basiert auf der langjährigen Tradition der ifo Konjunkturgespräche.

Im Zuge der forschersichen und inhaltlichen Neuorientierung des Instituts wurden aufgrund des differenzierten Informationsbedarfs der Unternehmen, Verbände, Behörden und sonstigen Institutionen zwei neue Plattformen entwickelt, auf denen das ifo Institut disaggregierte Konjunkturanalysen und -prognosen vorstellt, auf ihre wesentlichen Einflussfaktoren hin erläutert und den Tagungsteilnehmern zur Diskussion stellt. Zur Darstellung der konjunkturellen Verläufe im EU-Raum wurde die jeweils im Frühjahr in Berlin stattfindende Spring Conference aus der Taufe gehoben, für die Darstellung der sektoralen Konjunktorentwicklungen der ifo Branchen-Dialog in München konzipiert. Neben den gesamtwirtschaftlichen Analysen und Prognosen für Deutschland, den EU-Raum und die Weltwirtschaft werden von Politik und Wirtschaft aufgrund des hohen Informationsinteresses verstärkt Analysen und Prognosen für Wirtschaftszweige (Verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft, Handel und Dienstleistungsbereich) und einzelne Wirtschaftssektoren bzw. -branchen nachgefragt, um qualifizierte Grundlagen für die eigenen Planungsprozesse zu erhalten. Das Zusammentreffen der analytischen und prognostischen Aussagen mit den verschiedenen »Urteils«-Erfahrungen der teilnehmenden Unternehmen vermitteln in den Diskussionen der vier Branchenforen den Teilnehmern wichtige Impulse für ihre meist »rollierenden« Planungssysteme im Absatz-, Produktions- und Beschaffungsbereich.

Die in den Foren vorgestellten Branchenanalysen und -prognosen des ifo Instituts bauen weitgehend auf den Ergebnissen der Gemeinschaftsdiagnose der sechs beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute auf¹, die am den 21. Oktober 2003 in Berlin präsentiert werden. Darüber hinaus werden für die jeweiligen Branchenprog-

nosen in den einzelnen Branchen der Industrie (wie Automobilindustrie, Maschinenbau, Elektrotechnische und Chemische Industrie), des Baugewerbes (wie Tief- und Hochbau), des Handels (wie Einzelhandel und Großhandel) und des Dienstleistungsbereichs (wie z.B. Software, Versicherungen) Daten aus der amtlichen Wirtschaftsstatistik sowie aus dem Konjunktur- und Investitionstest des ifo Instituts herangezogen, um eine fundierte Informations- und Datengrundlage zu erhalten.

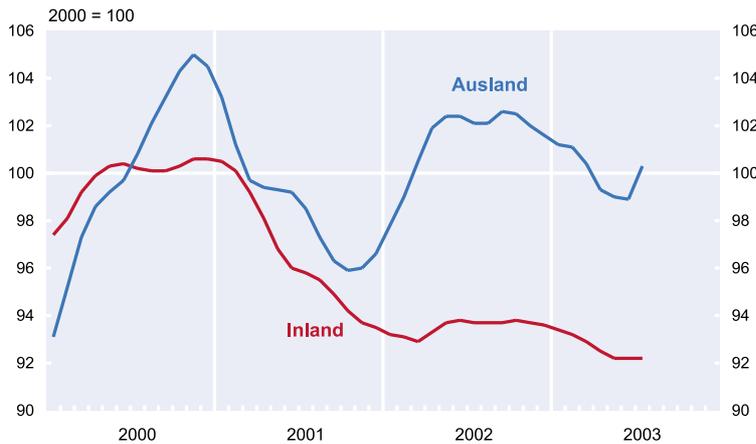
In den Diskussionen auf den letzten Konjunkturgesprächen und Branchen-Foren haben sich aus der Sicht der Unternehmen zwei grundlegende Informationsfelder als von besonderem Interesse herausgebildet:

- Die zunehmende »Verzahnung« der Konjunktorentwicklung des deutschen Binnenmarkts mit der Konjunktorentwicklung in den übrigen EU-Ländern sowie mit der gesamten Weltwirtschaft bzw. dem Welthandel.
- Das erhöhte Interesse der Unternehmen an Konjunktur- und Strukturentwicklungen in vor- und nachgelagerten Branchen, um möglichst schnell auf diese Entwicklungen reagieren zu können.

Darüber hinaus spielen auch aktuelle Strukturfragen der deutschen und europäischen Wirtschaft eine wichtige Rolle in den Branchen-Foren. Beim dritten ifo Branchen-Dialog am 23. Oktober 2003 werden als aktuelle Fragestellungen die Wirkungen der EU-Osterweiterung auf kleinere und größere Unternehmen in aus-

¹ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003, Beurteilung der Wirtschaftslage durch Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, in: ifo Schnelldienst, 56. Jg., 7/2003, S. 3–45.

Abb. 1
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe¹⁾ in Deutschland
 Volumen, saisonbereinigte und geglättete Werte



1) Verarbeitendes Gewerbe ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

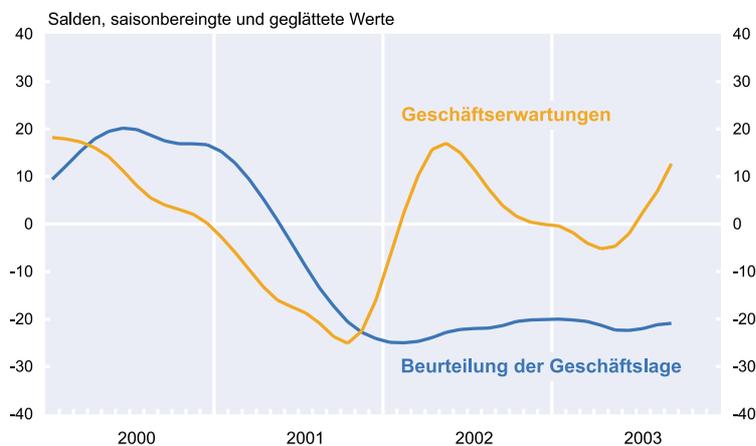
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

gewählten Branchen sowie die Reformpolitik der Bundesregierung vor der EU-Osterweiterung erörtert. An diesem Dialog zwischen Politik und Wirtschaft werden u.a. der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, Dr. Otto Wiesheu und der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. h.c. Wolfgang Clement teilnehmen.

Verarbeitendes Gewerbe: Wie lange noch währt die Stagnation?

Das Verarbeitende Gewerbe stand von 1996 bis zum Jahr 2000 im Zeichen einer dynamischen Produktionsentwicklung mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von (real) 3,6% pro Jahr. Danach versiegten die Wachstumskräfte:

Abb. 2
Komponenten des Geschäftsklimas im verarbeitenden Gewerbe¹⁾ in Westdeutschland



1) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genussmittel.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

2001 schrumpften sowohl die Order aus dem Ausland als auch die Bestellungen von inländischen Kunden. 2002 verharrte die Nachfrage aus dem Inland auf niedrigem Niveau, während die Auftragseingänge aus dem Ausland in den ersten Monaten zunächst kräftig anzogen und sich dann bis zum Herbst auf relativ hohem Niveau hielten. Ende letzten Jahres setzte dann synchron bei beiden Regionalkomponenten der Nachfrage ein neuerlicher Abschwung ein, der erst Mitte 2003 zum Stillstand gekommen ist (vgl. Abb. 1).

Die Folge dieser Nachfrageschwäche ist, dass die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes seit etwa zwei Jahren stagniert, allerdings auf einem Niveau, das nur wenig unter dem Höchststand vom zweiten Halbjahr 2000 liegt. Dennoch führte die hartnäckige

Stagnation dazu, dass das industrielle Produktionsvolumen inzwischen deutlich unter den Trend der neunziger Jahre abgesunken ist. Für die Abschätzung der Wachstumsperspektiven der deutschen Wirtschaft ist es von erheblicher Relevanz, eine Vorstellung davon zu gewinnen, wann dieser noch immer bedeutsame Zweig der deutschen Volkswirtschaft seine konjunkturellen Bremsen lösen wird.

Die aktuellen Indikatoren des ifo Konjunkturtests zeigen bisher noch kein stabiles Bild (vgl. Abb. 2). Zwar deuten die Geschäftserwartungen der Testteilnehmer in den Sommermonaten 2003 wieder auf zunehmenden Optimismus in den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes hin, das Fundament für den Beginn eines effektiven Aufschwungs, die einsetzende Verbesserung der tatsächlichen Geschäftslage, ist jedoch bisher noch nicht zu erkennen.

Vor diesem Hintergrund werden im Forum Industrie des ifo Branchen-Dialogs die konjunkturellen Perspektiven des Verarbeitenden Gewerbes auf der Basis der Gemeinschaftsdiagnose der sechs beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute ausführlich analysiert und diskutiert werden. Von Bedeutung ist dabei, dass die Analysen und Prognosen stark nach Branchen disaggregiert durchgeführt werden (z.B. für die Automobilindustrie, den Maschinenbau, die Elektrotechnische und die Chemische Industrie), so dass die unterschiedlichen Tendenzen in den einzelnen Industriegruppen angemessene Berücksichtigung finden und in einem Satz von differenzierten Branchenprognosen zum Ausdruck kommen.

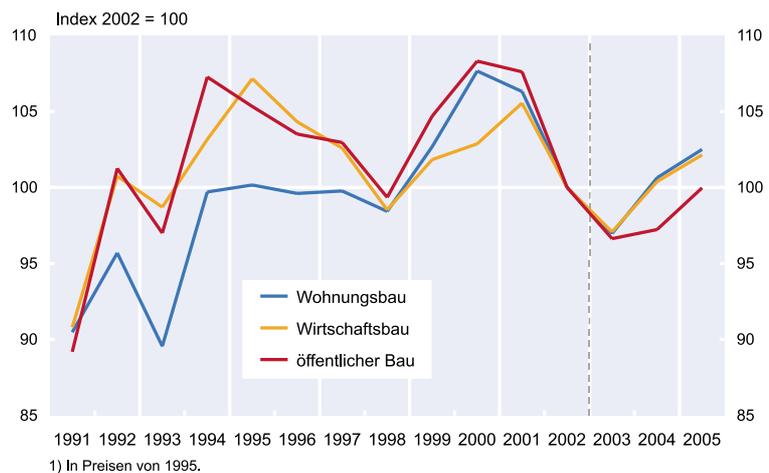
Baukonjunktur: Auf der Suche nach stabilen Fundamenten

Nach der Wiedervereinigung verzeichnete die Bauwirtschaft in den neuen Bundesländern eine steile Aufwärtsentwicklung. Die hochgradig ungesunde, von massiven staatlichen Fördermaßnahmen ausgelöste und getragene »Aufblähung« musste über kurz oder lang in sich zusammenbrechen. Der Ende der neunziger Jahre einsetzende Rückgang der Bautätigkeit war zwar prognostiziert worden, lange Zeit wurde aber kaum zur Kenntnis genommen, dass dieses »Bau-Glück« nur ein begrenztes Haltbarkeitsdatum haben konnte. Zusammen mit dem erneuten zyklischen Rückgang in Westdeutschland führte dies zu einem massiven Einbruch der Baukonjunktur im Gesamtgebiet.

Die anhaltende Baurezession ist nicht zu verstehen, ohne die Entwicklung in der letzten Dekade im Auge zu behalten. Zunehmend gewinnen aber die weltwirtschaftlichen Verwerfungen und insbesondere der hausgemachte Reformstau als Bestimmungsfaktoren an Gewicht. Erst ganz allmählich scheint die Einsicht zu wachsen, dass ohne tief greifende Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen kein dynamischeres Wachstum in Deutschland zu erreichen sein dürfte. Einiges wurde inzwischen angestoßen (z.B. mit der »Agenda 2010«), die Umsetzung steht jedoch noch aus; die Verunsicherung bleibt bestehen und wirkt als »Gift« für potentielle Investoren. Nur wenn bis zum Herbst dieses Jahres wichtige Reformschritte beschlossen und weitere mit klarem Zeitplan angekündigt werden, dürfte der Konjunkturmotor in Deutschland (und in Europa) wieder kräftiger durchziehen. Nur unter optimistischen Annahmen ist die Erwartung gerechtfertigt, dass auch der Bausektor schon im laufenden Jahr sein Konjunkturtal durchschreiten wird. Er steht in Deutschland noch eine Weile auf ziemlich wackeligen Fundamenten und bleibt vorerst eine »wirkungsvolle« Bremse der konjunkturellen Erholung in der Gesamtwirtschaft. In Europa behalten wir – von unseren Partnern kritisch beobachtet – die »rote Laterne«.

Besonders enttäuschend ist in letzter Zeit die Entwicklung im Wirtschaftsbau verlaufen, was an mangelnder Zuversicht der Unternehmer und Investoren sowie an der verschärften Konkurrenz alternativer Standorte in Europa und weltweit liegt; gerade in diesem Baubereich wartet man zur »Stabilisierung der Fundamente« dringend auf Signale von der »Reformfront«. Der Wohnungsbau hatte unter der gestiegenen Unsicherheit bei Arbeitsplätzen und Einkommen, aber auch unter den Informationen über einen langfristigen Rückgang der Bevölkerung und manchen Eskapaden der »hohen« Politik zu leiden (trotz der Vorzieheffekte, wegen des Atten-

Abb. 3
Bauinvestitionen¹⁾ in Deutschland nach Sparten 1991 bis 2005



1) In Preisen von 1995.
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Vorausschätzungen des ifo Instituts.

tismus). Sein Rückgang fällt absolut gesehen am stärksten ins Gewicht. Diese beiden großen Bausparten werden wohl »im Gleichschritt« aus dem Konjunkturtal klettern, wohingegen der stark geschrumpfte öffentliche Bau erst mit einiger Verzögerung anziehen dürfte, weil die Kassen leer sind und die Konsolidierung des Staatshaushalte auch mittelfristig Priorität behalten muss (vgl. Abb. 3).

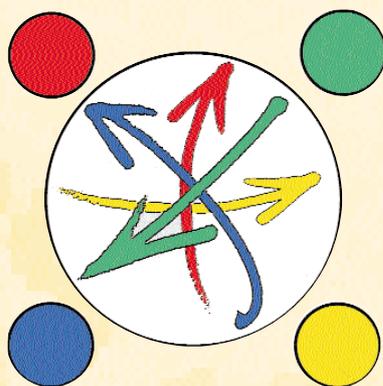
Die erwartete Stabilisierung und Erholung der Bautätigkeit (Bauinvestitionen und – etwas kräftiger – Baumaßnahmen im Bauwerksbestand) dürfen allerdings nicht zu der Annahme verleiten, dass auch im deutschen Baugewerbe bald Besserung in Sicht ist – im Gegenteil: Noch immer scheinen die Baukapazitäten in Deutschland zu hoch, und die Konkurrenz aus dem Ausland wird sich mit der EU-Osterweiterung noch weiter verschärfen. Die Pleitewelle wird erst zeitverzögert abflachen, und der notwendige Struktur Anpassungsprozess dürfte noch viele inländische Baubeschäftigte den Job kosten – über Ausmaß und »Zeitplan« dieser Entwicklungen soll im Forum Bauwirtschaft diskutiert werden.

Groß- und Einzelhandel: Zunehmend positive Erwartungen

Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests haben sich im Verlauf der letzten sechs Monate bis zum September 2003 die Urteile der Einzelhandelsunternehmen zur Geschäftslage und zur künftigen Geschäftsentwicklung deutlich verbessert. Die hohe Intensität des Preiswettbewerbs insbesondere zwischen den Betriebstypen des großflächigen und discountierenden Einzelhandels wird in den zunehmenden Meldungen der Unternehmen



ifo Branchen-Dialog 2003



**Analyse und Prognose
der konjunkturellen Entwicklung
in der Gesamtwirtschaft Deutschlands
und Europas
und in wichtigen Branchen**

Donnerstag, den 23. Oktober 2003

IHK-Akademie München,
Orleansstraße 10-12

Beginn: 9.15 Uhr
Ende: 18.00 Uhr



gefördert durch das
Bayerische Staatsministerium
für Wirtschaft, Verkehr
und Technologie



Industrie- und Handelskammer
für München und Oberbayern



Institut für
Wirtschaftsforschung
an der Universität München

Program m

Donnerstag, 23. Oktober 2003

- 9.15 Uhr Begrüßung durch die Präsidenten des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung und der IHK für München und Oberbayern
- 9.30 Uhr **Dialog zwischen Politik und Wirtschaft:
Auswirkungen der EU-Osterweiterung**
Statement: Dr. Otto Wiesheu, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie
Moderation: Prof. Dr. Dr. h. c. Erich Greipl, Vizepräsident der IHK München und Oberbayern
Podiumsdiskussion:
- **Helmut Echterhoff**, Vorsitzender des Beirats der Echterhoff Bau-Gruppe
- **Uwe H. Lamann**, Vorstand der Leoni AG
- 10.30 Uhr **Die wirtschaftliche Lage in Deutschland und Europa im Vorfeld der EU-Osterweiterung**
Vortrag: Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts
- 11.15 Uhr *Kaffeepause*
- 11.45 Uhr **Dialog zur branchenwirtschaftlichen Entwicklung**
- Forum 1: **Industrie**
- Forum 2: **Handel**
- 13.00 Uhr *Mittagsbuffet*
- 14.15 Uhr - Forum 3: **Bauwirtschaft**
- Forum 4: **Dienstleistungen**
- 15.30 Uhr *Kaffeepause*
- 16.00 Uhr **Dialog zwischen Politik und Wirtschaft:
Reformpolitik vor der EU-Osterweiterung auf dem Prüfstand**
Statement: Wolfgang Clement, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
Moderation: Nikolaus Piper, Leiter der Wirtschaftsredaktion der Süddeutschen Zeitung
Podiumsdiskussion:
- **Prof. Dr. Dr. h. c. Erich Greipl**, Mitglied der Geschäftsleitung der Metro-Gruppe, Vizepräsident der IHK München und Oberbayern
- **Heinz Putzhammer**, Mitglied des Bundesvorstands des DGB
- **Dr. Ulrich Schumacher**, Vorsitzender des Vorstands der Infineon Technologies AG
- **Stephanie Spinner-König**, Geschäftsführende Gesellschafterin der Spinner GmbH
Schlusswort: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts
- Anschließend ab ca. 18.00 Uhr:
Umtrunk und Gespräche im Foyer der IHK-Akademie*

deutlich, die in den letzten Monaten Preisnachlässe gewähren mussten. In den ersten sieben Monaten konnte der Einzelhandel nur ein geringfügiges nominales Umsatzwachstum von 0,3% verzeichnen (real – 0,2%). Für

das gesamte Jahr 2003 geht das ifo Institut – nach wie vor – von einer nominalen Umsatzstagnation aus. Dies bedeutet bei einer Preissteigerung von 1% einen realen Umsatzrückgang. Im Forum Handel werden im Hinblick



FORUM 1

Konjunkturelle Entwicklung in der Industrie

Seit mehr als zwei Jahren wächst das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland nicht mehr. Wichtige Fragen für die Entscheidungsträger der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik sind:

- Wie lange wird die Schwächephase in der deutschen Industrie noch andauern?
- Welches sind die treibenden, welches die hemmenden Faktoren für die konjunkturelle Entwicklung?
- Wie wird sich die voraussichtliche Entwicklung auf die einzelnen Industriebranchen verteilen?
- Mit welchen Veränderungsraten für die nächsten zwei Jahre ist in den einzelnen Branchen zu rechnen?
- Welche Impulse werden sich für die Gesamtwirtschaft ergeben?

Diese und weitere Aspekte der mittelfristigen Entwicklung in der deutschen Industrie und die dafür bestimmenden Faktoren werden im Forum 1 untersucht und diskutiert.

Moderation: **Dr. Reinhard Kudiß**, BDI
 Einführung: **Reinhard Hild**, ifo Institut
 Expertenbeiträge: **Dr. Hans-Joachim Frank**, Deutsche Bank Research
Dr. Barbara Schaden, Infineon Technologies AG

FORUM 3

Konjunkturelle Entwicklung im Bausektor

Sieht man von der kleinen Zwischenerholung 1999 ab, erlebt die deutsche Bauwirtschaft derzeit das neunte Rezessionsjahr. Die realen Bauinvestitionen waren 2002 in Deutschland fast ein Fünftel niedriger als 1994.

- Wird 2003 die Talsohle endlich erreicht und besteht Hoffnung auf einen moderaten Wiederanstieg?
- Behält Deutschland bei der Entwicklung der Bautätigkeit in Europa die "rote Laterne" oder kann es zur Stabilisierung beitragen?
- Kann das Bauhauptgewerbe davon ausgehen, dass die zyklische Erholung hier erneut früher einsetzt?
- Sollten sich die Lieferanten von Baumaterialien, -geräten und -maschinen sowie die Finanzierungsinstitutionen schon bald auf ein Ende der "Durststrecke" einstellen?

Dies sind einige der Fragen, denen im Forum 3 mit kurzen Statements und ausführlichen Diskussionen nachgegangen wird.

Moderation: **Robert Scholl**, BM für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
 Einführung: **Dr. Volker Rußig**, ifo Institut
 Expertenbeiträge: **Dr. Heiko Stiepelmann**, Hauptverband der Deutschen Bauindustrie
Dr. Jörn Barnbrock, Lafarge Gips GmbH



FORUM 2

Konjunkturelle Entwicklung im Handel

Im Forum 2 stehen folgende Problemfelder im Vordergrund der Analysen und Diskussionsbeiträge:

- Konjunkturelle Entwicklung im Groß- und Einzelhandel bis 2005.
- Differenzierung der Umsatzentwicklung nach wichtigen Produktbereichen.
- Entwicklung von Betriebstypen und Betriebsformen im Einzelhandel.
- Konzentration und kooperative Entwicklungen in der deutschen und europäischen Distribution.
- Privater Verbrauch, Konsumausgaben und verfügbares Einkommen als Einflußfaktoren für die Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes.
- Industrie-, Bauproduktion und Außenhandel als Einflußfaktoren für die Entwicklung des Großhandelsumsatzes.
- Faktoren der langfristigen Entwicklung im Groß- und Einzelhandel.

Moderation: **Wolfgang Fischer**, Landesverband der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels in Bayern e.V.
 Einführung: **Hans Russ**, ifo Institut
Dr. Uwe Träger, ifo Institut
 Expertenbeitrag: **Prof. Dr. Dr. h. c. Erich Greipl**, Mitglied der Geschäftsleitung der Metro-Gruppe

FORUM 4

Konjunkturelle Entwicklung im Dienstleistungssektor

Im Dienstleistungssektor insgesamt waren zwar auch in den beiden letzten Jahren noch positive Wachstumsraten der realen Wirtschaftsleistung zu erkennen, gegenüber den Jahren zuvor fiel der Anstieg jedoch deutlich geringer aus. Zur Abklärung der Perspektiven werden im Forum 4 u.a. folgende Fragenkomplexe untersucht und diskutiert:

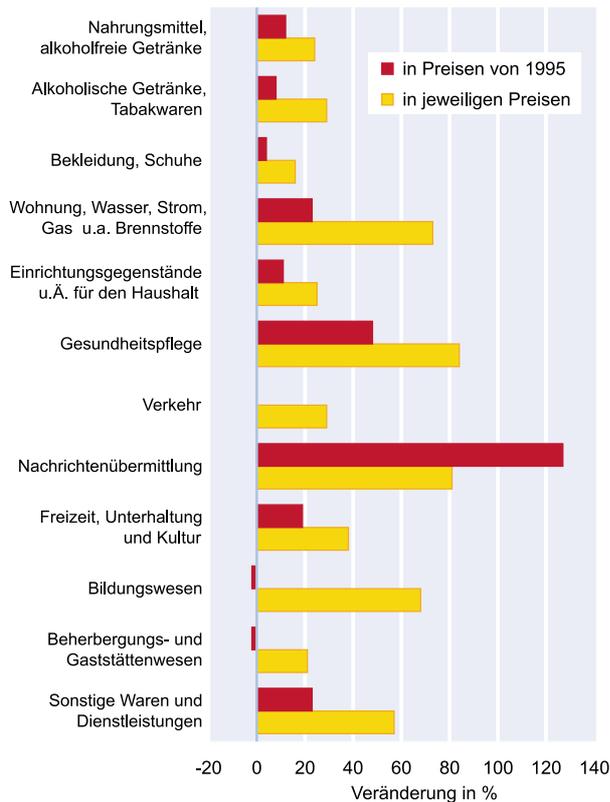
- Welche Determinanten bestimmen die Entwicklung in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen?
- Was sagt der ifo Konjunkturtest zum Dienstleistungssektor und zu ausgewählten Teilen dieses Bereichs?
- Welche Wachstumsraten sind in den wichtigsten Teilbereichen für die nächsten zwei Jahre zu erwarten?
- Wie können die Rahmenbedingungen zur Ausschöpfung der Wachstumspotenziale dieses für die Beschäftigungsentwicklung sehr wichtigen Wirtschaftszweiges verbessert werden?

Moderation: **Dr. Robert Obermeier**, IHK für München und Oberbayern
 Einführung: **Dr. Gernot Nerb**, ifo Institut
 Expertenbeiträge: **Dr. Eberhard Sasse**, Vorsitzender des Vorstands der Dr. Sasse AG
Richard Wagner, Geschäftsführer der hkw GmbH

auf die konjunkturellen Entwicklungen im Einzelhandel vor allem die Wirkungen des geplanten Vorziehens der letzten Stufe der Steuerreform auf Anfang 2004 zu diskutieren sein.

Nach den letzten Prognosen des ifo Instituts wird sich das verfügbare Einkommen real um rund 2% erhöhen und damit einen Anstieg der Konsumausgaben der privaten Haushalte um ebenfalls knapp 2% stimulieren. Ein zunehmender

Abb. 4

Veränderung der Konsumausgaben der privaten Haushalte von 2002/1991

Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Berechnungen des ifo Instituts.

Anteil des Zuwachses der Konsumausgaben wird aber nicht in die handelsaffinen Waren- und Dienstleistungsbereiche gehen, sondern »zwangsweise« in Finanzdienstleistungen und gesundheitsrelevante Dienstleistungen, um die Daseinsfürsorge zu stärken. Dies zeigt sich auch in den überdurchschnittlichen Veränderungsraten der dienstleistungsaffinen Ausgaben. Darüber hinaus wird auch das nach wie vor hohe Niveau der Arbeitslosigkeit die Struktur der Konsumausgaben und der damit in einem engen Zusammenhang stehenden Ausgaben der privaten Haushalte im Einzelhandel beeinflussen. Vor diesem gesamtwirtschaftlichen Hintergrund werden im Forum Handel die Prognosen für den (Konsumgüter-)Einzel- und Großhandel für die nächsten Jahre präsentiert und diskutiert.

Näheres zur Anmeldung zum ifo Branchen-Dialog am 23. Oktober 2003 können den Informationen für die Tagungsteilnehmer (s.o.) entnommen werden.

Informationen für die Tagungsteilnehmer**Veranstalter:**

ifo Institut für Wirtschaftsforschung
Poschingerstraße 5, 81679 München
Postfach 860460, 81631 München
Tel.: 089/92 24-0/ Fax: 089/98 53 69

Organisation:

Forschungsbereich Branchen, Industrieökonomik und Strukturwandel

Projektleiter und Ansprechpartner:

Dipl. Wirtsch.-Ing. Reinhard Hild

Tagungssekretariat:

Tel.: 089/9224-1375 (Frau Hage)
Tel.: 089/9224-1389 (Frau Rieß)
Fax: 089/9224-1461 oder -1460
E-Mail: hage@ifode.de
riess@ifode.de

Informationen:

www.ifo.de
Rubrik: Aktuelles - Veranstaltungen
- ifo Branchen-Dialog 2003

Anmeldung:

Anmeldung bis spätestens 9. Oktober 2003 erbeten.
Bitte benutzen Sie das beiliegende Formular oder das Anmeldeformular im Internet

Teilnahmegebühr:

Die Teilnahmegebühr beträgt 250 EURO (plus 7% MwSt.).
Für Mitglieder des ifo Instituts und Teilnehmer am ifo Konjunktur- und/oder Investitionstest gilt eine ermäßigte Gebühr von 175 EURO (plus 7% MwSt.).

In der Teilnahmegebühr sind die Tagungsmappe sowie das Mittagsbuffet und Getränke enthalten.

Mit der Bestätigung Ihrer Anmeldung erhalten Sie eine Rechnung über die Teilnahmegebühr. Bei Teilnahmeverhinderung nach Anmeldung werden die Tagungsunterlagen geliefert.

In den letzten zehn Jahren musste das Gastgewerbe, der zentrale Bereich der Tourismuswirtschaft, rückläufige Umsätze hinnehmen. 2002 beschleunigte sich diese Entwicklung: Die Umsätze gingen nominal um 3,6% gegenüber dem Vorjahr zurück. Parallel dazu errechnete sich seit 1994 eine Personalreduzierung von 16,7%. Die Hoffnung auf eine Trendwende liegen jetzt im »Rekord-Sommer« 2003. Es gibt erste Anzeichen, dass die konjunkturelle Talfahrt im Gastgewerbe zu Ende sein könnte.

Auch in Deutschland gehört die Tourismuswirtschaft zu den großen Dienstleistungsbranchen. Einschließlich der Wirkungen in mittelbar zugeordneten Bereichen, wie z.B. dem Einzelhandel, bestimmten Sparten des Handwerks, Verkehrsmittel, Freizeiteinrichtungen etc., ist nach Angaben des Deutschen Tourismusverbandes e.V. (DTV) von einem induzierten Bruttoinlandsprodukt (BIP) auszugehen, das einem Anteil von 8% am nationalen BIP entspricht. Entsprechend sind nach diesen Berechnungen 8% der Arbeitsplätze in Deutschland vom Tourismus abhängig (Deutscher Tourismusverband e.V. 2003 und DIW 1999).

Ein zentraler Bereich innerhalb der Tourismuswirtschaft ist das Gastgewerbe, das in der amtlichen deutschen Statistik wiederum in drei Segmente unterteilt ist:

- das **Beherbergungsgewerbe** – Unternehmen, die schwerpunktmäßig Beherbergungsleistungen anbieten – mit der Hotellerie (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Pensionen), ferner Privatvermieter, Ferienhäuser und -wohnungen, Hütten, Jugendherbergen, Campingplätze sowie Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime, Ferienzentren;
- zweitens die **Gastronomie** bzw. das **Gaststättengewerbe**, wozu Speisewirtschaften (Restaurants, Cafés, Eisdielen sowie Imbisshallen) nebst Schankwirtschaften, Trinkhallen, Bars und Vergnügungslokale, Diskotheken sowie Tanzlokale zusammengefasst werden;
- schließlich bilden **Kantinen und Caterer** eine dritte Sparte.

Streng genommen sind dabei im Gastgewerbe Leistungen einbezogen, die nicht dem Inlandstourismus¹ im engen Sinne

zuzurechnen sind, sondern z.B. im Gaststättengewerbe von Ortsansässigen nachgefragt werden.

Der Anteil des Gastgewerbes insgesamt an der inländischen Bruttowertschöpfung lag 2002 bei einem Wert von nominal gut 1,3% (was seit Jahren weitgehend konstant ist, 1994: 1,4%) (Decker 2003). Der gewichtigste Teilbereich ist die **speiseorientierte Gastronomie**, sie hat einen Anteil am Umsatz und an den Beschäftigten der Branche insgesamt von ca. 45%. An zweiter Stelle folgt die **Hotellerie**, die etwa einen Drittel-Anteil des Umsatzes und der Beschäftigten im Gastgewerbe abdeckt, auf die **getränkeorientierten Gaststätten** entfällt rund ein Achtel und auf die Gruppe der Kantinen/Caterer etwas unter 10%.

Die Umsatzentwicklung (Jahresumsatzvolumen des Gastgewerbes insgesamt in 2001 von 53,8 Mrd. €²) ist durch ausgeprägte saisonale Verläufe mit entsprechenden Spitzen (Feiertage, Ferienzeiten etc.) bestimmt (vgl. Abb. 3 und Abb. 4).

Die Zahl der Unternehmen in der Branche ist in den letzten zehn Jahren kontinuierlich zurückgegangen, nur die Gruppe der Kantinen und Caterer verzeichnete von Jahr zu Jahr eine ansteigende Zahl von umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen (vgl. Tab. 1). Die Branche ist nach wie vor mehrheitlich durch mittelständische Klein- und Kleinstbetriebe geprägt, die z.T. als inhaberorientierte Familien-

¹ Definition gemäß Inlandskonzept der Beherbergungsstatistik: Reisen von Ausländern ins Inland = Incoming-Tourismus + Reisen von Inländern im Inland. Im Unterschied dazu Auslandstourismus = Outgoing-Tourismus: Reisen von Inländern ins Ausland.

² In der Abgrenzung der Umsatzsteuerstatistik – ohne Mehrwertsteuer.

Tab. 1
Entwicklung der Anzahl von umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen im Gastgewerbe

	1994	1997	1999	2000	2001
Beherbergungsgewerbe	56 212	51 338	49 519	48 980	48 531
davon:					
Hotellerie ^{a)}	49 416	44 880	42 853	42 123	41 543
Sonstiges Beherbergungsgewerbe ^{b)}	6 796	6 458	6 666	6 857	6 988
Gaststättengewerbe	211 058	201 038	197 546	194 675	191 873
davon:					
Speiseorientierte Gastronomie ^{c)}	121 617	131 366	133 876	133 417	132 586
Getränkeorientierte Gastronomie ^{d)}	89 441	69 672	63 670	61 258	59 287
Kantinen und Caterer	6 902	7 027	7 816	8 210	8 359
Gastgewerbe insgesamt	274 172	259 403	254 881	251 865	248 763

^{a)} Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis. – ^{b)} Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime, Ferienzentren, Ferienhäuser und -wohnungen, Privatquartiere, Hütten, Jugendherbergen, Campingplätze sowie Vorsorge- und Reha-Kliniken. – ^{c)} Restaurants, Cafes, Eisdielen und Imbisshallen. – ^{d)} Schankwirtschaften, Trinkhallen, Bars und Vergnügungslokale, Diskotheken und Tanzlokale.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Umsatzsteuerstatistik. DEHOGA Jahrbücher, verschiedene Jahrgänge.

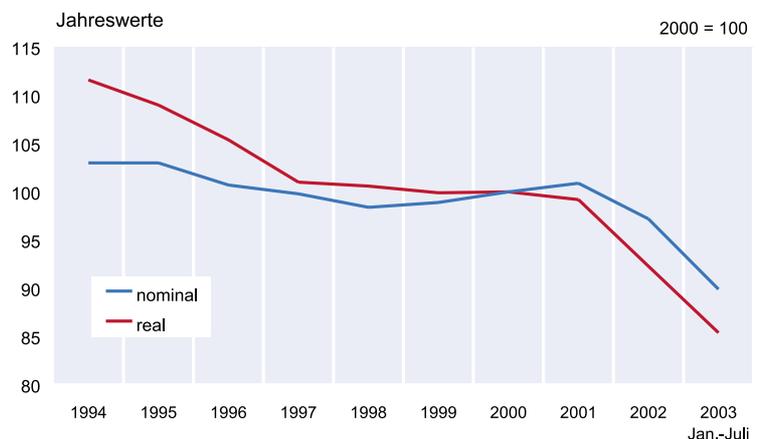
betriebe geführt werden. Gleichwohl war ein intensiver Strukturwandel zu beobachten. Die Entwicklung der Angebotsseite am Markt war dabei durch ein über Jahre anhaltendes Wachstum der **Systemgastronomie**³ mit Kettenbetrieben, z.T. auf Franchisebasis, gekennzeichnet. Im Beherbergungssektor vollzog sich eine äußerst dynamische Entwicklung des Segmentes der Hotelketten und Hotelkooperationen, die z.T. international agieren. Die Hotelgesellschaften werden auch unter dem Begriff der so genannten **Markenhotellerie** zusammengefasst. Bis Mitte 2001 – vor dem konjunkturellen Einbruch der Branche – konnten diese Unternehmensgruppen über gute wirtschaftliche Ergebnisse und kontinuierliches Unternehmenswachstum berichten. Sie waren unangefochten die Zugpferde des Gastgewerbes und seiner jeweiligen Unterbranchen: Gaststättengewerbe sowie Beherbergungsgewerbe.

Traditionelle Speisegastronomie hat Kunden verloren

Im Gastgewerbe insgesamt sank nicht nur die Anzahl der Unternehmen, sondern auch Umsatz und Zahl der Beschäftigten. Real betrachtet gehen die Umsätze seit 1994 kontinuierlich zurück, in den Jahren

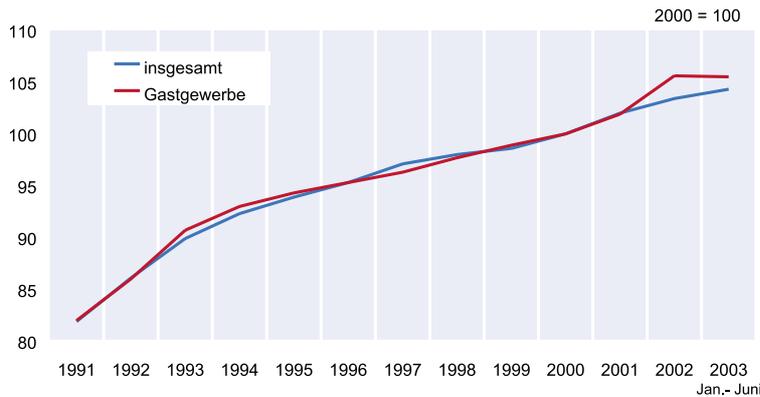
1999 bis 2001 stagnierten sie bei einer nominal leichten Aufwärtsentwicklung (vgl. Abb. 1). Der Dienstleistungssektor insgesamt zählt in hoch entwickelten Volkswirtschaften zwar zu den wachsenden Wirtschaftsbereichen, aber seit den neunziger Jahren ist innerhalb des Dienstleistungssektors in Deutschland eine sehr unterschiedliche Dynamik zwischen den einzelnen Dienstleistungsbranchen zu beobachten. Wie bereits geschildert, musste das Gastgewerbe (in der verwendeten statistischen Abgrenzung) rückläufige Umsätze hinnehmen, während beispielsweise das Kreditgewerbe deutlich zulegen konnte und damit seinen Anteil an der Bruttowertschöpfung vergrößerte.

Abb. 1
Umsatzentwicklung im Gastgewerbe insgesamt



³ Übrigens ein Bereich, der auch 2003 im September bereits über 1 000 Lehrstellen besetzt hat und noch weitere Auszubildende sucht.

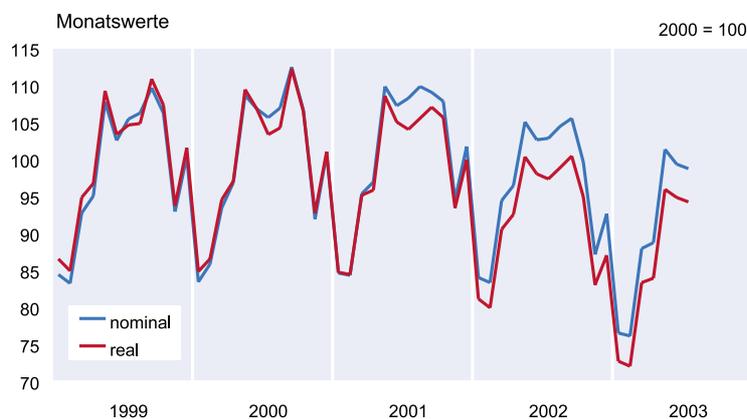
Abb. 2
Entwicklung der Verbraucherpreise



Quelle: Statistisches Bundesamt.

2002 beschleunigte sich der rückläufige Trend zusätzlich. Trotz um 3,6% höherer Preise (vgl. Abb. 2) gingen die Umsätze im Gastgewerbe insgesamt gegenüber dem Vorjahr nominal um 3,6% zurück. Das Umsatzvolumen erreichte damit den niedrigsten Stand seit 1994 (vgl. Abb. 1 und Abb. 3). Der Umsatzrückgang traf insbesondere die größeren Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 2 Mill. €.⁴ Die 50 umsatzstärksten Hotelgesellschaften in Deutschland (Top 50) insgesamt haben das Jahr 2002 mit einem Umsatzminus von 3,5% beendet (2001: 4,95 Mrd. € Umsatz; 2002: 4,78 Mrd. €). Die durchschnittliche Zimmerbelegung fiel von 66,7 auf 54,3% (Heyer 2003). Die Auslastung der Hotels in den deutschen Großstädten ist auch in 2003 ein Problem geblieben. Gleichzeitig findet eine rege Neubautätigkeit statt, und die Kapazitäten werden weiter ausgeweitet, Insider sehen eine deutliche Übersättigung. Nach maßgebenden Hotelmanagern zählt Markentreue der Kunden nichts mehr, der Wettbewerb wird am Markt ganz überwiegend über den Preis entschieden. Verglichen mit anderen

Abb. 3
Umsatzentwicklung im Gastgewerbe insgesamt



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Metropolen Europas liegen die Zimmertarife in deutschen Großstädten deutlich niedriger.

Die Beschäftigungssituation in der Branche korreliert stark mit der Umsatzentwicklung. 2002 waren im Durchschnitt etwas mehr als 1 Mill. Personen im Gastgewerbe insgesamt beschäftigt, 570 000 Personen (54,4% der Beschäftigten) in Vollzeit, 478 000 (45,6%) hatten einen Teilzeitarbeitsvertrag. Seit 1994 errechnet sich parallel zur negativen Umsatzentwicklung eine Personalreduzierung um 16,7%. Nachdem 2001 ein leichter Zuwachs von 1,2% verzeichnet worden war, ergab sich 2002 wiederum ein Personalabbau von 2,4% gegenüber dem Vorjahr. Vollzeitbeschäftigte waren mit – 3,4% hiervon stärker betroffen als Teilzeitbeschäftigte (– 1,2%) (Decker 2003, Tab. 5 S. 295). Im ersten Halbjahr 2003 setzte sich der Beschäftigungsabbau weiter fort. (– 4,3% Abnahme der Beschäftigten insgesamt; aufgeschlüsselt – 6,7% VZ und – 1,5% TZ).

Für die einzelnen Wirtschaftsgruppen innerhalb der Branche verlief die Entwicklung deutlich unterschiedlich (vgl. Abb. 4). In der gewichtigsten Gruppe, der speiseorientierten Gastronomie, war über die gesamte Dekade ein Trend rückläufiger Umsätze zu beobachten – 2002 lag der gemessene Umsatz 11% unter dem Vergleichswert von 1994) –, was bei deren Dominanz die Entwicklungslinie für die Gesamtbranche »Gastgewerbe« erklärt. Der Wettbewerb um die Ausgaben der Verbraucher im Außer-Haus-Verzehr (Marktvolumen in 2001 nach Berechnungen der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie: ca. 75 Mrd. €) hat einhergehend mit einem Wandel in den Verzehr- und Konsumgewohnheiten deutlich an Intensität gewonnen. Den traditionellen Gaststätten stehen verstärkt zahlreiche, z.T. neue Konkurrenten gegenüber, u.a. aus dem Einzelhandel des Nahrungs- und Genussmittelbereichs, dem Lebensmittelhandwerk (Bäcker, Konditoren, Fleischer), den Tankstellen etc. Entsprechend gingen stetig Marktanteile an Mitbewerber verloren. Das Statistische Bundesamt hat errechnet, dass innerhalb des Fünfjahreszeitraumes 1997 – 2002 nach den in den Erhebungen zugrunde gelegten Abgrenzungen der Wirtschaftszweige im Durchschnitt die Ausgaben der Einwohner Deutschlands in den erfassten (traditionellen) Gastronomieunternehmen mit Speisen und Getränken um

⁴ Umsatzgrößenklasse 2–10 Mill. €: –11% Umsatzveränderung 2002 gegenüber 2001; Umsatzgrößenklasse 10–50 Mill. €: – 11,4%; Umsatzgrößenklasse 50 Mill. € und mehr: – 5,3% (Decker 2003, Tab.3, S. 492).

25 € je Kopf abgenommen haben (auf 2002: 373 € je Einwohner, vgl. Statistisches Bundesamt 2003). Auch in den Nachbarländern Österreich und der Schweiz wurden im Jahr 2002 ähnliche Entwicklungen beobachtet.

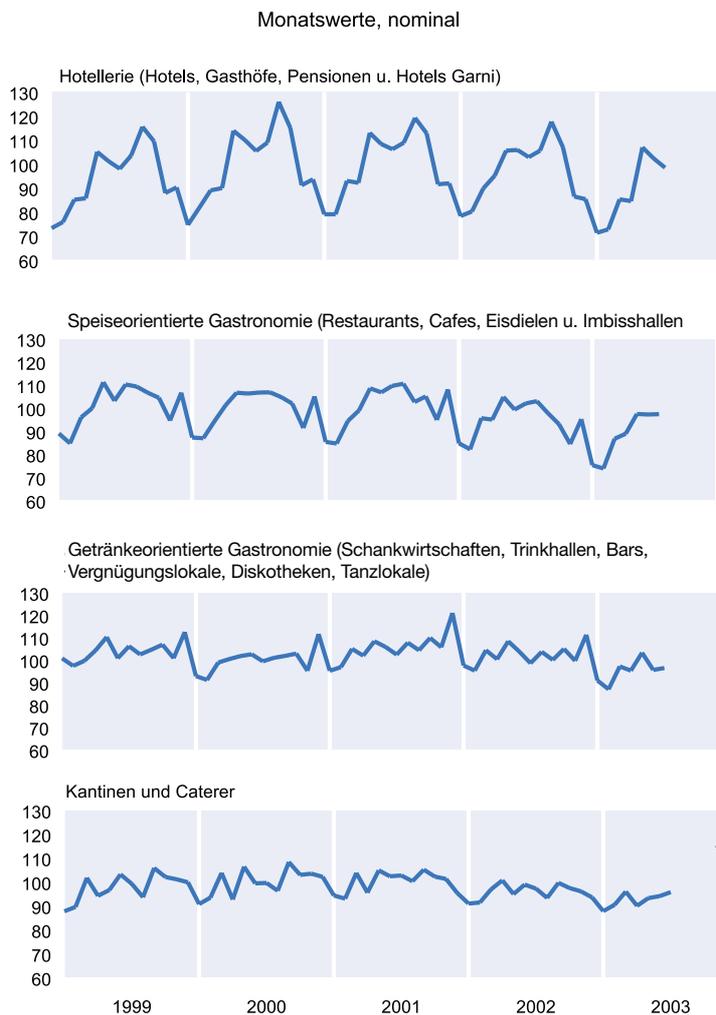
Demgegenüber zeigte sich in der Hotellerie bis in das Jahr 2001 hinein ein stetiger Anstieg der Übernachtungszahlen und parallel dazu ihrer Umsätze. Im zweiten Halbjahr 2001 setzte für die Hotellerie und die Branche insgesamt ein konjunktureller Abschwung ein, der sich im ersten Halbjahr 2003 fortsetzte. Im Vorjahresvergleich war von Monat zu Monat ein Umsatzminus zu verzeichnen (vgl. Tab. 2, Abb. 3 und Abb. 4). Insbesondere im vierten Quartal 2002 gingen die Umsätze spürbar zurück (– 7,8% nominal und – 10,8% real im Gastgewerbe insgesamt). In den ersten fünf Monaten 2003 verminderte sich der Umsatz des Gastgewerbes insgesamt gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

um nominal 6,7% (real – 7,4%), am stärksten betroffen war wiederum das Gaststättengewerbe (– 7,7 bzw. – 8,4%). Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes zeigt die Umsatzentwicklung im ersten Halbjahr 2003 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum folgendes Bild:

Veränderung 1. Halbjahr 2003/2002	
Gastgewerbe insgesamt:	– 6,2%
davon: Beherbergungsgewerbe:	– 5,6%
Gaststättengewerbe:	– 7,2%
Kantinen und Caterer:	– 2,4%

Die Monate Oktober 2002 bis einschließlich Januar 2003 hatten der Speisegastronomie mit Umsatzrückgängen, die bei Werten von um – 11%, also im zweistelligen Bereich lagen, besonders schmerzliche Einbußen bereitet (vgl. Tab. 2).

Abb. 4
Umsatzentwicklung im Gastgewerbe



Quelle: Statistisches Bundesamt.

2001 setzte auch ein Rückgang der Übernachtungszahlen ein

Einschließlich des Bereichs Vorsorge- und Rehabilitationskliniken lag 2002 in Deutschland die Gesamtzahl der Übernachtungen (ÜN) bei von 338,7 Millionen (– 2,5% gegenüber 2001: 347,5 Mill.). Am stärksten ist die Zahl der Übernachtungen 2002 in der Hotellerie zurückgefallen, nämlich um 3,7% auf 189,5 Millionen. Bezieht man das sonstige Beherbergungsgewerbe (Ferienhäuser, Ferienwohnungen etc.) mit ein, fiel der Rückgang mit 2,8% auf 269,8 Mill. Übernachtungen nicht ganz so hoch aus. Die Zahl der Übernachtungen auf Campingplätzen bewegt sich seit Jahren relativ konstant um die Zahl von 21 Mill. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland, die 2001 um 4,4% gesunken war, ging 2002 noch einmal leicht um 0,5% auf 37,7 Mill. zurück. Während die Besucherzahlen aus USA (– 236 000 ÜN) und dem Vereinigten Königreich (– 145 000 ÜN) erneut deutlich abnahmen, konnten bei Schweizern (+ 119 000 ÜN), Niederländern (+ 116 000 ÜN) und auch beispielsweise bei Besuchern aus China/Hongkong (+ 60 000 ÜN) Steigerungen erzielt werden. Die EU-Nachbarn aus den Niederlanden bilden im Übrigen die ausländische Gruppe mit dem größten Übernachtungsanteil (5,7 Mill. ÜN) (Spörel 2003). Im ersten Halbjahr 2003 erhöhte sich die Zahl der Übernachtungen von ausländischen Gästen sogar wieder geringfügig um 1% auf 17,9 Millionen bei einem Rückgang der Übernachtungszahl insgesamt von 1% auf 131,5 Millionen (Rückgang ÜN deutscher Gäste um 1,2%).

Tab. 2
Umsatzentwicklung^{a)} im Gastgewerbe – in jeweiligen Preisen; Veränderungen zum Vorjahresmonat

		Gastgewerbe insgesamt	Hotellerie	Speiseorientierte Gastronomie	Getränkeorientierte Gastronomie	Kantinen und Caterer
2003	Juli	-4,0	-4,3	-4,6	-2,1	-1,5
	Jun	-3,2	-3,4	-2,1	-7,9	-4,9
	Mai	-3,5	1,3	-7,1	-4,7	-1,8
	Apr	-8,0	-11,1	-6,4	-5,1	-10,5
	Mär	-6,9	5,1	-9,3	-6,9	-1,0
	Feb	-8,6	-9,3	10,1	-8,7	-1,1
	Jan	-8,9	-8,9	-11,1	-6,9	-3,4
2002	Dez	-8,9	-7,2	-11,8	-8,0	-1,9
	Nov	-7,8	-5,6	-11,0	-5,7	-5,0
	Okt	-7,6	-5,1	-11,4	-4,5	-4,7
	Sep	-3,2	-1,3	-4,7	-4,1	-5,2
	Aug	-4,9	-3,0	-6,8	-3,8	-7,0
	Jul	-5,0	-3,1	-6,9	-3,7	-5,4
	Jun	-4,3	-2,3	-7,0	-2,0	-3,3
	Mai	-4,4	-6,5	-3,4	-0,1	-9,4
	Apr	-0,5	3,3	-3,9	-1,6	5,3
	Mär	-0,9	-3,3	1,3	-0,6	-6,6
	Feb	-1,2	1,5	-3,0	-1,7	-1,7
	Jan	-0,7	-0,9	-0,7	2,5	-3,6

^{a)} Ohne Umsatz- (Mehrwert-)Steuer.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Umsatz im Gastgewerbe nach Wirtschaftszweigen, Stand 16.09.2003.

Tourismus und Geschäftsreiseverkehr haben weltweit seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 mit deutlichen Einbrüchen zu kämpfen. Das Tagungs- und Seminargeschäft verzeichnet seitdem erhebliche Einbußen, von denen Deutschland als ein führendes Messe-, Kongress- und Tagungsland sehr stark betroffen ist, jeder dritte Hotelgast ist hier ein Tagungs- oder Kongressteilnehmer. Im Deutschland-Städtetourismus (Städte mit mehr als 100 000 Einwohner), der seit 1993 überdurchschnittlich gewachsen war, wurde 2002 eine um 2,9% geringere Anzahl von Übernachtungen registriert. Die erhöhte Sparsamkeit der Verbraucher und der Firmen hat das Gastgewerbe ganz besonders getroffen. So wird als Hauptgrund für den konjunkturellen Einbruch die schlechte Binnenkonjunktur angesehen. Für Deutschland wurde eine ausgeprägte Konsumschwäche beobachtet. Verunsichert über die eigene persönliche wirtschaftliche Lage angesichts sich zunehmend verschlechternder gesamtwirtschaftlicher Wachstumsperspektiven verbunden mit einer steigenden Arbeitslosigkeit reagierten die Verbraucher verstärkt mit intensiver Konsumzurückhaltung. Gerade am Urlaub und an Gaststättenbesuchen sparten die Konsumenten überdurchschnittlich stark.

Stichworte zur Kennzeichnung der aktuellen Situation in den Gastwirtschaften sind sinkende Pro-Kopf-Umsätze aufgrund

von Verzicht auf Vor- und Nachspeisen, Zunahme des Verzehr von kleineren und preisgünstigeren Gerichten, kaum Mittagsgeschäft, abnehmender Getränkeumsatz/Beschränkung auf ein Getränk, kein Aperitif, kein Digestif, selten eine Flasche Wein, rückläufige Entwicklung der Geschäftsessen. Die Bargeldeinführung des Euro im Januar 2002 brachte zusätzliche Irritationen und eine öffentlich geführte »Teuro«-Debatte hinsichtlich möglicher ungerechtfertigter Preiserhöhungen. U.a. sah sich auch das Gastgewerbe, insbesondere die Gastronomie, auf der Anklagebank. Überdurchschnittliche Preiserhöhungen in diesem Bereich sorgten vielerorts für Verärgerung der Kunden und zusätzliche Konsumzurückhaltung. Die amtlich gemessene Inflationsrate lag hier für das Jahr 2002 mit 3,6% um mehr als das Doppelte über dem Durchschnitt des Gesamtindex in Höhe von 1,4% (vgl. Abb. 2).

Sommer 2003: Ist der Wendepunkt in der konjunkturellen Entwicklung dieser Branche erreicht?

Die Hoffnungen auf eine Trendwende liegen im »Rekord-Sommer« 2003. Zwar ist im ersten Halbjahr 2003 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2002 der Umsatz im Gastgewerbe nominal erneut um 6,2% zurückgegangen, aber im

zweiten Quartal fiel der Umsatzrückgang mit 4,7% gegenüber 7,8% im ersten Quartal schon deutlich niedriger aus. Es gibt erste Anzeichen, dass die konjunkturelle Talfahrt im Gastgewerbe gestoppt sein könnte und die Talsohle erreicht ist. Dies betrifft in erster Linie das Beherbergungsgewerbe, es konnte im Mai (+ 0,6%) und im Juni (- 3,6% nominal, + 0,2% real) insgesamt wieder positivere Umsatzkennzahlen als in den Vormonaten vermelden (vgl. Tab. 2), der Berufsstand spricht vom Licht am Ende des Tunnels. Der Aufschwung betrifft jedoch vornehmlich die Urlaubs- und Ferienbeherberger; zwischen Urlaubs- und Stadthotellerie hat es in Deutschland gegenüber den Vorjahren einen Positionswechsel gegeben. Nachdem jahrelang die Stadthotels wirtschaftlich günstiger abschnitten, werden 2003 in den Urlaubsregionen die besseren Ergebnisse erzielt. Die Buchungssituation in den deutschen Urlaubsgebieten hat sich in der Sommersaison 2003 deutlich verbessert gegenüber dem Vorjahr; der Auslastungsgrad ist spürbar angestiegen, im Juli und August waren die Betten in diesem Segment voll belegt. Vor dem Hintergrund der weltpolitischen Rahmenbedingungen hat offensichtlich gerade bei Inländern und europäischen Nachbarn der Deutschlandurlaub neues Interesse gefunden. Das gute deutsche Sommerwetter 2003 hat diese Tendenzen zusätzlich begünstigt.

Hierdurch erfuhr ebenfalls das Gaststättengewerbe wichtige Impulse. Die Rekordhitze beförderte zweifellos den Getränkeabsatz und den gesamten Branchenumsatz (Renner waren neben Getränken aller Art leichte Gerichte und Salate). Biergärten und Straßencafés (Freischankflächen) melden nach einer Umfrage des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA) durchschnittliche Zuwächse ihrer Umsätze im Mai, Juni und Juli von + 15% gegenüber dem Vorjahr. Dies ist der größte Zuwachs seit 1993. Der Anstieg der Gästezahlen wird sogar mit knapp 18% angegeben (DEHOGA 2003).

Allerdings wird von der Tourismusbranche beklagt, dass 2003 die Schulferienperiode insgesamt durch die Bundesländer um 7 Tage auf 76 Tage reduziert wurde, deshalb drohe ein Verlust an Übernachtungen und Umsatz in dieser durch hohe Auslastungen gekennzeichneten Periode. Zudem hatten die drei bevölkerungsreichsten Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg fast gleichzeitig Schulsommerferien. Erst für 2005 haben sich die deutschen Bundesländer wieder auf einen Ferienzeitraum von insgesamt 83 Tagen verständigt.

Die Entwicklung des Sommergeschäfts ist im Jahr 2003 von zahlreichen Sonderfaktoren (abgeschwächte Nachfrage nach Flug- und Fernreisen, günstiges Wetter in Deutschland, etc.) begünstigt. Die Branche sollte diese Impulse als Chance nutzen und sich intensiv bemühen, das Vertrauen der Gäste und Kunden durch sichtbare Anstrengungen und Qualitätsverbesserungen bei Leistungen und Service so-

wie attraktive Aktionsangebote dauerhaft zurückzugewinnen. Sie darf nicht in den Fehler verfallen, nach der durchlebten Durststrecke nur auf kurzfristige wirtschaftliche Erfolge zu setzen, die aktuelle Gunst der Stunde für Preiserhöhungen auszunutzen und ihre Kunden damit zu verprellen. Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass das Verhalten der Gäste zunehmend durch eine wachsende Sensibilität für ein angemessenes Preis-Leistungsverhältnis bzw. ein deutlich gestiegenes Preisbewusstsein geprägt wird. Im Bereich des Auslandstourismus sind von den großen Reiseveranstaltern für die nächste Saison deutliche Preissenkungen als Reaktion auf die Krise im Urlaubsgeschäft angekündigt worden. Der Touristikmarkt insgesamt wird also in Zukunft hart umkämpft bleiben. Sicher bestimmen Highlights ganz entscheidend positive Entwicklungen. Von der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland will die Branche verstärkt profitieren. Großereignisse, wie z.B. im Jahr 2000 die EXPO, die Oberammergauer Passionsspiele, das Bachjahr etc., bilden die Grundlage für zusätzliches Branchenwachstum. Gerade im Bereich der so genannten »Minijobs« bietet das Gastgewerbe ein immenses Jobpotential, insofern hat die Reform der Regelungen für die »geringfügig Beschäftigten« zum 1. April 2003 für die Branche und für den ihr zuzuordnenden Arbeitsmarkt wichtige Erleichterungen gebracht.

Literatur

- Decker, J. (2003), »Entwicklung im Gastgewerbe im Jahr 2002«, *Wirtschaft und Statistik* (6), 489–495.
- Deutscher Tourismusverband e.V. (2003), *Der Tourismus in Deutschland im Jahr 2002*, Bonn.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW (1999), *Wirtschaftsfaktor Tourismus*, Berlin 1999.
- Heyer, A. (2003), »Top 50 Umsatzstärkste Hotels in Deutschland: 2002 Jahr der Talsohle«, *Der Hotelier*, Die Wirtschaftszeitschrift für Hotellerie und Gastronomie (7+8), 18–29.
- Spörel, U. (2003), »Inlandstourismus 2002: Rückgänge bei Gästen und Übernachtungen – Ergebnisse der Beherbergungsstatistik«, *Wirtschaft und Statistik* (6), S.496–505.
- DEHOGA aktuell (2003), *Pressemitteilung* Nr. 03/27 vom 29. August.
- Statistisches Bundesamt (2003), *Pressemitteilung* vom 22. Juli.

Die deutsche Software- und Dienstleistungsbranche darf wieder hoffen, nach den Ergebnissen des jüngsten ifo Konjunkturtests kommen aus der Branche nun wieder erste Erholungssignale. Die Umsätze für Software und informationstechnische Dienstleistungen schrumpften im vergangenen Jahr (nach Einschätzung des Branchenverbandes BITKOM 2003) um 2,1%, das nominale Umsatzvolumen betrug 2002 41,4 Mrd. €. Ein leichtes Minus werden die Unternehmen auch für 2003 noch hinnehmen müssen. An der schwerpunktmäßig im Juli und August 2003 durchgeführten 34. Konjunkturumfrage für DV-Dienstleistungen haben insgesamt 271 Unternehmen einen auswertbaren Fragebogen zurückgeschickt, 152 Testteilnehmer haben an der Online-Befragung über das Internet teilgenommen. Die insgesamt einbezogenen Betriebe erwirtschafteten im vergangenen Jahr einen Umsatz von 12,3 Mrd. €. Gemessen am geschätzten Gesamtumsatz nach BITKOM repräsentieren die Erhebungsergebnisse damit knapp 30% des deutschen Marktes für Software und DV-Dienstleistungen.

Geschäftslage quält sich nur langsam aus dem Tief

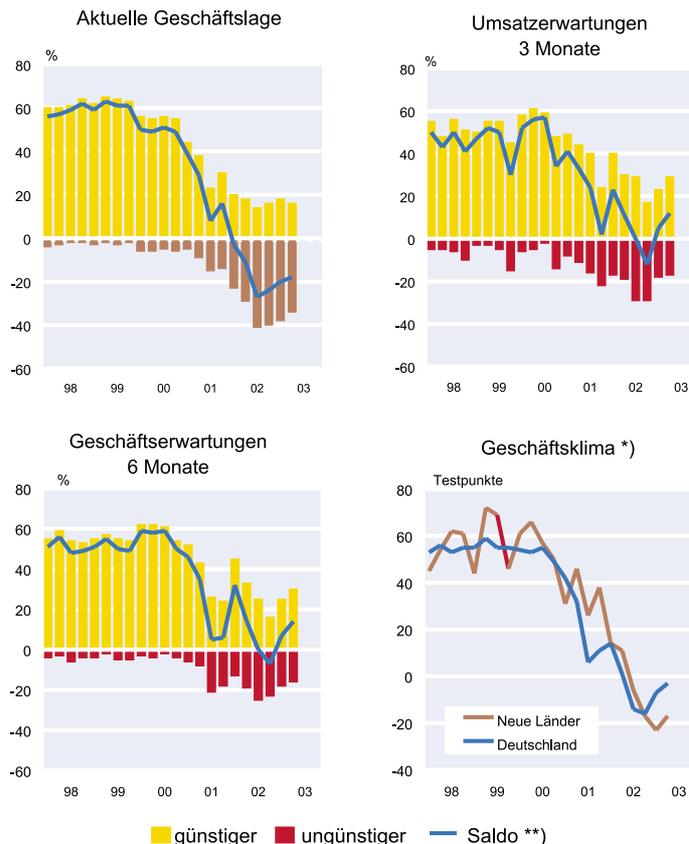
Die deutsche Software- und DV-Dienstleistungsbranche scheint die Durststrecke hinter sich zu lassen. Nach dem historischen Tief des ifo Geschäftsklimas im vierten Quartal 2002 ist der Indikator im ersten Halbjahr 2003 wieder auf den Erholungspfad zurückgekehrt. Die Stimmung hat sich zum zweiten Mal in Folge verbessert, der Vorjahreswert wurde aber noch nicht wieder erreicht (vgl. Abb. 1). Die Unternehmen empfanden ihre Geschäftslage im zweiten Quartal 2003 zwar erneut etwas günstiger als zuvor, von einem zufriedenstellenden Geschäftsverlauf ist man aber noch ein gutes Stück entfernt: 16% der Unternehmen bewerteten die aktuelle Lage als günstig, jedes zweite Unternehmen als befriedigend, aber 34% empfanden ihre derzeitige Geschäftssituation noch als schlecht. Die Urteile verbesserten sich zwar von per saldo – 27% im dritten Quartal 2002 auf – 18% im zweiten Vierteljahr 2003, vor Jahresfrist lag der entsprechende Saldo aber noch etwas günstiger (– 11%). Der vorsichtige Optimismus bei den Geschäftserwartungen für das zweite Halbjahr 2003 hat sich gefestigt, per saldo jedes siebte DV-Unternehmen hofft nun auf bessere Geschäfte. Im Detail erwartete nahezu jeder dritte Testteilnehmer für die zweite Jahreshälfte einen günstigen Geschäftsverlauf, 54% rechneten mit einer gleichbleibenden Entwicklung, aber immerhin noch 16% sahen der künftigen Entwicklung mit Sorge entgegen. Insgesamt

signalisiert aber das Geschäftsklima in der deutschen Software- und DV-Dienstleistungsbranche eine Trendwende, auch wenn die Aufschwungskräfte nur äußerst zögerlich die Oberhand gewinnen.

Nachdem das erste Quartal 2003 für die deutschen Software- und DV-Dienstleistungsunternehmen alles andere als gut verlaufen ist, hat sich der Umsatzrückgang im zweiten Quartal nachdrücklich verlangsamt. Die Umsätze reichten zwar abermals nicht an das Ergebnis vom vergleichbaren Vorjahresquartal heran, eine tendenzielle Besserung scheint sich aber auch hier anzudeuten. Der Auftragseingang war im Laufe des Berichtsquartals (mit per saldo – 7%) kaum noch rückläufig, eine Besserung in den Urteilen über die Auftragsreserven machte sich aber noch nicht bemerkbar. Fast 60% der Testteilnehmer bezeichneten ihre Auftragsbestände als zu klein. Dennoch macht sich die Branche Mut, die Umsatzaussichten für die nahe Zukunft stimmten die Unternehmen noch etwas zuversichtlicher. Zwar erwartet weiterhin die Mehrzahl der Testteilnehmer (54%) eine unveränderte Umsatzentwicklung, 29% rechnen mit höheren Umsätzen, 17% befürchten allerdings, dass es weiter bergab geht. Auch hier scheint sich der Hoffnungsschimmer vom Vorquartal (per saldo 12% gegenüber 5% vom 1. Quartal) gefestigt zu haben.

Sehr differenziert ist nach wie vor die Entwicklung nach Größenklassen: Nach dem deutlichen Stimmungseinbruch bei den großen Dienstleistungsanbietern (ab

Abb. 1

DV-Dienstleister: Geschäftsklima beginnt sich aufzuhehlen
 2. Berichtsquartal 2003


*) Mittelwerte aus den Firmenmeldungen zur gegenwärtigen und der in den nächsten 6 Monaten erwarteten Geschäftslage.

**) Saldo: Differenz aus den %-Anteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest, DV-Dienstleistungen 2003.

50 Mill. € Umsatz) zum Jahresende 2002 erholten sich die Geschäftslageurteile kräftig und erreichten im zweiten Quartal 2003 wieder das Prädikat »befriedigend«. Nachfrage und Umsätze tendierten ebenfalls wieder leicht nach oben, die Auftragsbestände erschienen aber weiterhin jedem zweiten Testteilnehmer als zu klein; gegenüber dem Vorquartal nahm das Übergewicht der negativen Meldungen nur wenig ab. Dennoch hoffen die Unternehmen auf eine Fortsetzung dieser positiven Entwicklung, die Umsatzerwartungen wurden sichtlich nach oben korrigiert. Bei den kleineren Unternehmen der Branche hat sich dagegen der bisherige Trend fortgesetzt, die Nachfrage ging zurück, die Auftragsbestände erschienen völlig unzureichend, und auch die Umsätze blieben beim weit überwiegenden Teil der Unternehmen unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahresquartals. Dennoch erhoffte man sich auch hier für die nächsten sechs Monate eine Wende zum Besseren, die optimistischen Stimmen gewannen wieder die Oberhand. Die

Umsätze dürften im Großen und Ganzen stagnieren.

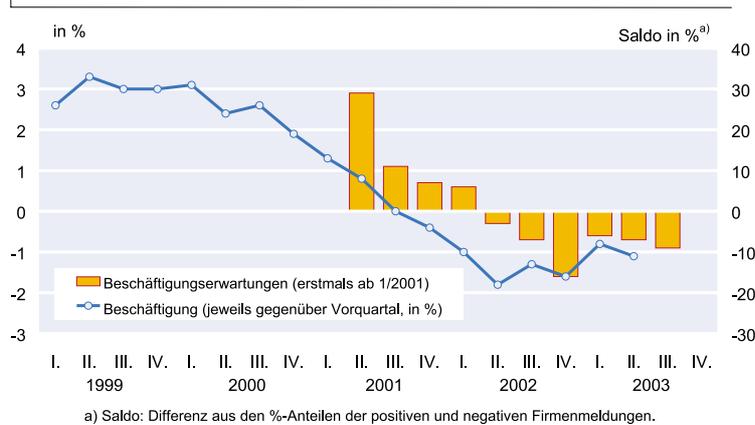
Bei den ostdeutschen DV-Dienstleistern haben die negativen Einflüsse auf die Bewertung der aktuellen Geschäftslage weiter an Bedeutung gewonnen, jedes zweite Unternehmen berichtete im zweiten Berichtsquartal über eine schlechte Lage. Gleichwohl schöpften die Unternehmen zunehmend Hoffnung auf ein Ende der Abwärtsentwicklung, die Geschäftsaussichten haben sich kräftig aufgehellt, die optimistischen Stimmen überwogen zuletzt wieder deutlich. Die Nachfrage zeigte offenbar geringere Schwächen, und auch die vergleichbaren Vorjahresumsätze wurden weniger häufig unterschritten als zuvor. Jedes dritte Unternehmen musste aber immer noch Umsatzeinbußen verkraften. Heftiger kritisiert wurden die Auftragsbestände, sie erschienen mehr als zwei Drittel der Betriebe als zu klein. Bestenfalls wird die Umsatzentwicklung in der nächsten Zeit stagnieren, positive und negative Stimmen hielten sich lediglich die Waage. Die bisherige negative Umsatzentwicklung dürfte aber langsam zu Ende gehen.

Beschäftigungsabbau hält an

Die Beschäftigung geht in der deutschen Software- und DV-Dienstleistungsbranche weiter zurück, eine durchgreifende Besserung ist im laufenden Jahr nicht in Sicht. Bereits zum siebten Mal in Folge schrumpfte die Zahl der Beschäftigten. Positiv ist allen-

falls zu sehen, dass sich der Personalabbau nicht weiter beschleunigte: Nach den Befragungsergebnissen reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten im Berichtszeitraum um 1%, vor Jahresfrist betrug die Quote noch 1³/₄%. Vom Personalabbau etwas stärker betroffen waren die Mitarbeiter bei den kleineren bis mittleren Dienstleistungsunternehmen (bis 10 Mill. € Umsatz). Bei den eher größeren Betrieben (25 bis 50 Mill. € Umsatz) scheinen sich Einstellungen und Entlassungen in etwa die Waage gehalten zu haben, nachdem zuvor der Personalabbau hier überdurchschnittlich hoch ausfiel. Besonders augenfällig war auch der Beschäftigungsrückgang bei den ostdeutschen Betrieben, nach den aktuellen Umfrageergebnissen entließ jedes fünfte Unternehmen Personal, insgesamt verringerte sich die Zahl der Beschäftigten um fast 8%. Nach den zweistelligen Beschäftigungszuwächsen in den Boomjahren 1998 bis 2000 gingen im vergangenen Jahr rund 20 000 Arbeitsplätze verloren. Auch die Perspektiven für die nächste Zeit waren von Vor-

Abb. 2
DV-Dienstleister: Beschäftigungsabbau hält an



Quelle: ifo Konjunkturtest, DV-Dienstleistungen 2003.

sicht geprägt, der leichte Beschäftigtenabbau dürfte in nahezu unverändertem Umfang weitergehen. Zwei von drei DV-Dienstleistern wollen in der nahen Zukunft ihre Personalkapazität in etwa halten, 11% erwarten sogar ein Plus, dem stehen aber 20% der Unternehmen gegenüber, die wohl Personal entlassen müssen (vgl. Abb. 2). In Ostdeutschland werden die Erwartungen noch einen Tick schlechter gesehen.

Auftragsmangel abermals etwas weniger akut

Nach wie vor berichteten fast drei von vier DV-Unternehmen über Behinderungen der Geschäftstätigkeit. Die Abbildung 3 zeigt deutlich, wie stark sich die Problemlagen seit 2000 verschoben haben. Vor zwei Jahren stand der Fachkräftemangel an der Spitze, heute ist es die unzureichende Nachfrage. Nachfragemangel steht mit 60% der Nennungen unangefochten an erster Stelle, eine Trendwende scheint sich aber anzudeuten. Bereits zum dritten Mal in Folge ist eine marginale Besserung wahrzunehmen (3. Quartal 2002: 66%, 4. Quartal 2002: 64%, 1. Quartal 2003: 62%). Die Anzeichen einer schwierigen Auftragslage zeichneten sich bereits zum Jahrtausendwechsel ab, binnen drei Jahren hat sich der Nachfragemangel mehr als versiebenfacht. In den neuen Bundesländern waren die Betriebe zur Jahresmitte allerdings noch etwas häufiger davon betroffen, 80% der Unternehmen übten Kritik über eine unzureichende Nachfrage. Der konjunkturelle Abschwung hat den Fachkräftemangel von Softwareexperten nun nahezu vergessen lassen, nur noch vereinzelt waren diese Klagen zu hören (2%), und dies ausschließlich bei den kleineren DV-Dienstleistern. Unterschiede zwischen West und Ost sind kaum noch auszumachen, auch in den neuen Ländern ist Fachkräftemangel so gut wie kein Thema mehr (3%). Finanzierungsschwierigkeiten kamen zwar mit 11% der Nennungen weiterhin nur relativ wenig zur Geltung, sie scheinen aber an Bedeutung

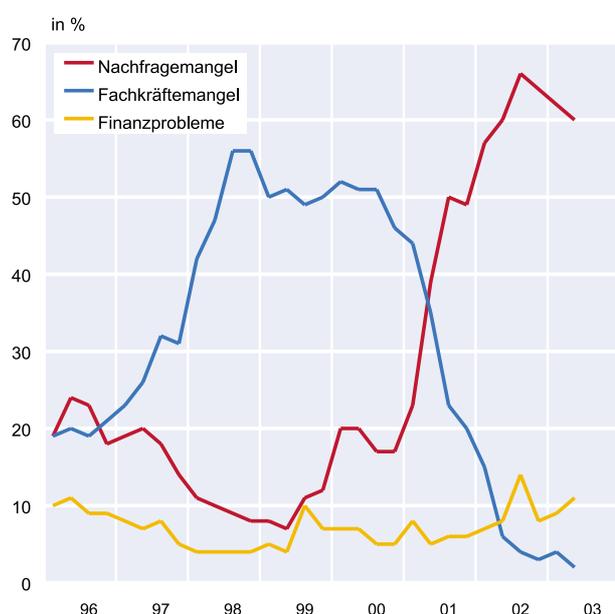
zu gewinnen. In den neuen Bundesländern klagt bereits jedes vierte DV-Unternehmen über Finanzierungsschwierigkeiten. Auffällig ist auch, dass die kleinen bis mittleren Betriebe häufiger darüber klagen als die größeren Unternehmen. Offenbar ist die Kreditzurückhaltung der Geschäftsbanken und Sparkassen sowie mangelndes Venture Capital bei den kleineren Betrieben wesentlich ausgeprägter.

Knapp befriedigende Geschäftslage lediglich bei den Wartungsdienstleistern

Bei den Herstellern von Standard-, Anwender- und Systemsoftware sowie bei den Beratungsdienstleistungen (*Consulting und Projekt-Services¹*) wurde die Geschäftslage im zweiten Quartal ebenso negativ bewertet wie zuvor (mit per saldo – 27%), obwohl die Nachfrage kaum noch Schwächen zeigte und der Umsatzrückgang sich deutlich verlangsamte. Die Umsätze unterschritten zwar das Vorjahresergebnis (mit per sal-

¹ Beratung und Unterstützung bei der Beschaffung von Hard- und Software, Technologie und Systemberatung, Beratung über Systemsicherheit, Entwicklung von Standard-, Anwender- und Systemsoftware, Systemanalyse und Programmierung, Systemintegration.

Abb. 3
Behinderungen der Geschäftstätigkeit:
Auftragsmangel erneut etwas weniger akut



Quelle: ifo Konjunkturtest, DV-Dienstleistungen 2003.

do – 23%) abermals recht deutlich, positiv ist aber zu sehen, dass der Abwärtstrend gestoppt wurde. Eine Bodenbildung bei der Umsatzentwicklung scheint sich anzudeuten. Dieser Bereich stellt mit einem Anteil von 61% weiterhin das größte Marktsegment dar. Nach wie vor litten viele Betriebe unter Auftragsmangel, die Klagen über zu niedrige Auftragsreserven wurden sogar noch lauter. 60% der Unternehmen bezeichneten sie mittlerweile als zu klein. Der weiteren Geschäftsentwicklung sahen die Unternehmen mit leicht erhöhtem Optimismus entgegen und gingen vermehrt davon aus, in den nächsten Monaten höhere Umsätze zu erzielen. Erstmals seit einem halben Jahr zeigten die Umsatzerwartungen wieder leicht nach oben, die Mehrzahl der Testteilnehmer erwartet jedoch eine gleichbleibende Umsatzentwicklung. Der Stellenabbau ist noch nicht zum Stillstand gekommen, nach der Verlangsamung im Vorquartal verringerte sich die Zahl der Beschäftigten nun wieder etwas stärker (- 1% gegenüber - 1/2% im 1. Quartal 2003). Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert hat sich der Personalbau zwar verlangsamt, ein Ende ist aber derzeit noch nicht absehbar. Per saldo 14% der befragten Unternehmen beabsichtigen auch noch in der nächsten Zeit eine Reduzierung ihres Personals.

Das Geschäftsklima im Bereich *System-/Network Operation*² (Facilities Management, Outsourcing) hat sich bis zur Jahresmitte hin weiter aufgehellt. Zu diesem Ergebnis trug diesmal außer den zuversichtlicheren Perspektiven auch eine erhebliche Verbesserung der aktuellen Situation bei – die negativen Urteile waren aber immer noch in der Überzahl. Die Nachfrage zeigte deutlich weniger Schwächen als zuvor, die Umsätze vom Vorquartal (mit per saldo – 4%) dürften knapp erreicht worden sein. Die Umsätze verfehlten den-

² Dienstleistungen zur Übernahme von DV-Aufgaben für andere Unternehmen.

noch auf breiter Basis die entsprechenden Vorjahreswerte, eine leichte Entspannung ist aber durchaus zu erkennen. Auch sahen die Unternehmen wieder Spielräume für Umsatzsteigerungen, per saldo jedes zehnte Unternehmen rechnete mit einem Plus.

In der Sparte *Processing und Network Services*³ haben die negativen Einflüsse auf die Beurteilung der Geschäftslage geringfügig an Gewicht verloren, und auch hinsichtlich der weiteren Entwicklung setzte sich wieder Optimismus durch. Nachfrage und Umsätze zeigten nicht mehr ganz so häufig nach unten, und auch die Auftragsbestände erhielten weniger schlechte Noten als vor einem Quartal. Die Auftragsreserven erschienen aber weiterhin gut jedem zweiten Unternehmen als zu klein. Die Umsatzerwartungen haben sich nach Ansicht der Firmen merklich verbessert, dennoch hielten sich positive und negative Stimmen lediglich die Waage. Die Mehrzahl der Testteilnehmer (69%) hofft auf eine gleichbleibende Entwicklung in der nächsten Zeit. Der Beschäftigungsabbau scheint auszulaufen.

Die ohnehin sehr unbefriedigende Geschäftslage in der Sparte *Environmental Services*⁴ hat sich hingegen weiter verschlechtert, per saldo zwei von fünf Unternehmen bewerteten die Lage als schlecht. Dennoch wurde der bisherige Pessimismus in den Geschäftserwartungen für die zweite Jahreshälfte 2003 von verhaltenem Optimismus abgelöst. Der Nachfragerückgang hat sich offenbar weiter verlangsamt – bereits zum dritten Mal in Folge, die Umsätze blieben aber noch deutlicher unter dem Ergebnis des entspre-

³ Leasing oder Vermietung von Rechenzeit, Mehrwertdienste, Datenfernübertragungs- und Datenfernverarbeitungsdienste, Datenerfassung.

⁴ Dienstleister, die die Unternehmen zur Unterstützung im DV-Bereich engagieren können, wie z.B. Kundenunterstützung beim Betrieb und bei der Produktion, Software-Installation, Umzug und Installation von DV-Equipment, Bereitstellung von Vorsorge-Dienstleistungen.

Berichtszeitraum: 2. Quartal 2003

ifo Konjunkturspiegel für DV-Dienstleistungen

Bereich	Beurteilung und Entwicklung im Berichtsquartal										Erwartungen																
	Geschäftslage Beurteilung	Umsatz geg. Vorquartal	Umsatz geg. Vorjahresquartal	Auftragseingang geg. Vorquartal	Auftragsvolumen Beurteilung	Beschäftigte in % geg. Vorquartal	Behinderung der Geschäftstätigkeit bei % der Firmen				Umsatz im nächsten Quartal	Geschäftsentw. für 2 Quartale															
	gut	befriedigend bzw. saison- dübel	schlecht	höher	etwa gleich	geringer	höher	etwa gleich	geringer	gestiegen	gleichge- blieben	gesunken	verhältnis- mäßig groß	ausreichend dübel	zu klein	unzureichende Nachfrage	Mangel an qua- lifizierten Fachkräften	Finanzierungs- schwierigkeiten	Sonstiges	steigen	gleichbleiben	zurückgehen	günstiger	etwa gleich	ungünstiger		
DV-Dienstleistungen insgesamt																											
Consulting + Projekt-Services																											
System-/Network Operation																											
Processing und Network Services																											
Environmental Services																											
Wartung																											
Ausbildung und Schulung																											

chenden Vorjahresquartals. Per saldo die Hälfte der Testteilnehmer mussten Umsatzeinbußen hinnehmen. Drei von vier Unternehmen klagten über eine unzureichende Nachfrage. Mit weiteren Umsatzrückgängen wird nun aber nicht mehr gerechnet.

Zu einer besonders deutlichen Stimmungsverbesserung kam es bei den *Wartungsdienstleistern*.⁵ Die aktuelle Geschäftslage galt als fast zufriedenstellend, und die Skepsis bezüglich der kommenden Geschäftsentwicklung wandelte sich in Zuversicht. Der Nachfragerückgang verlangsamte sich erkennbar, und auch die vergleichbaren Vorjahresumsätze wurden kaum noch unterschritten. Dies ging aber noch nicht mit einer Besserung der Auftragsreserven einher, nach wie vor bezeichnete fast jeder zweite Wartungsdienstleister die Auftragsbestände als zu klein. Die Umsätze dürften – den Meldungen nach zu schließen – in den nächsten Monaten leicht anziehen, erstmals seit den Herbstmonaten 2003 tendierten die Meldungen wieder nach oben.

Bei den *ausbildungs- und schulungsorientierten Dienstleistern*⁶ hielt die enttäuschende Geschäftsentwicklung an, die Hälfte der Testteilnehmer stufte die aktuelle Lage zur Jahresmitte als ungünstig ein. Die Nachfrage ging noch weiter zurück, und die Umsätze unterschritten das Vorjahrsergebnis noch etwas deutlicher. In den Geschäftserwartungen setzte sich aber auch hier wieder leichte Zuversicht durch, der vorsichtige Optimismus bei den Umsatzerwartungen hat sich gefestigt. Ein Ende des Personalabbaus ist nicht abzusehen.

Literatur

BITKOM (2003), »BITKOM bestätigt Konjunkturprognose 2003«, *Presseinformation Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien* vom 11. März 2003, in www.bitkom.org.

⁵ Kostenpflichtige Wartungsdienstleistungen für DV-Equipment, wie z.B. Reparatur, Installation, Abbau, vorbeugende Wartung.

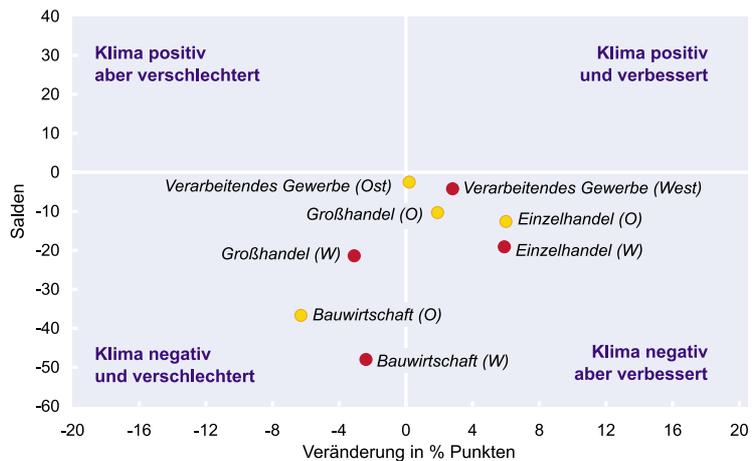
⁶ Kostenpflichtige Schulungs- und Trainingsleistungen, die im Hause des Anbieters, beim Kunden oder bei Dritten erbracht werden, und die dazu benötigten Schulungsunterlagen.

Die konjunkturelle Stimmung in der deutschen Wirtschaft bessert sich zusehends. Das Geschäftsklima in der **gewerblichen Wirtschaft** Westdeutschlands hat sich im September bereits zum fünften Mal in Folge nach oben entwickelt (Saldowert: – 12,5 Prozentpunkte). Doch völlig gesichert scheint der Aufschwung vorerst noch nicht, denn anders als im Vormonat resultiert die Aufwärtsentwicklung diesmal ausschließlich aus den erstmals seit dem Frühjahr 2002 wieder positiven Geschäftserwartungen (Saldowert: 5,0 Prozentpunkte), während sich die aktuelle Geschäftslage wieder etwas verschlechterte (Saldowert: – 28,5 Prozentpunkte). In den neuen Bundesländern verharrte das Geschäftsklima (Saldowert: 14,1 Prozentpunkte) auf dem Stand vom Vormonat. Hier wurde die leichte Besserung der Erwartungen (Saldowert: – 11,9 Prozentpunkte) durch die ungünstigere Beurteilung der aktuellen Situation (Saldowert: – 16,3 Prozentpunkte) kompensiert.

Eine deutliche Klimagebung ergab sich im Einzelhandel, sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Im verarbeitenden Gewerbe stieg der Indikator nur im Westen an, in den neuen Bundesländern blieb er unverändert. Beim Großhandel stand einer Aufwärtstendenz im Osten eine Abkühlung im Westen gegenüber. Eine Verschlechterung ergab sich im Baugewerbe, insbesondere in den neuen Bundesländern (vgl. Abbildung).

Die Geschäftslage im **verarbeitenden Gewerbe** Westdeutschlands wurde nach der Aufwärtsentwicklung vom Vormonat im September eher wieder etwas ungünstiger bewertet, in den Geschäftserwartungen gewannen dagegen die optimistischen Stimmen erneut deutlich an Gewicht. Lediglich die Verbrauchsgüterproduzenten äußerten sich noch skeptisch hinsichtlich der Perspektiven, jedoch bei weitem nicht mehr so verbreitet wie bislang. Verstärkte positive Impulse erhofften sich die Industrieunternehmen auch vom Exportgeschäft. Obwohl die Auftragsdecke insgesamt nach wie vor als zu dünn galt und der Lagerdruck nicht weiter vermindert werden konnte, zeigten die Produktionspläne zum ersten Mal seit Mitte letzten Jahres wieder nach oben. In den neuen Bundesländern tendierte die Geschäftslage ebenfalls leicht nach unten, galt aber noch als knapp zufriedenstellend. Hinsichtlich der Perspektiven überwogen dagegen erstmals seit Juli 2002 wieder leicht die positiven Meldungen. Die Urteile zur Auftragslage fielen weniger ungünstig aus als zuletzt. Den Meldungen zufolge dürfte die Produktion in den kommenden Monaten etwas expandieren, obwohl sich eine Belebung der Auslandsnachfrage offenbar nicht abzeichnete. Ein Ende des Personalabbaus scheint weder in den alten noch in den neuen Bundesländern in Sicht. Nach den Angaben der Firmen aus beiden Berichtskreisen wer-

Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen im September 2003¹⁾



1) Saisonbereinigte Werte. W=Westdeutschland, O=Ostdeutschland.
Quelle: ifo Konjunkturtest.

den die Verkaufspreise auch in den nächsten Monaten unter Druck stehen.

Im westdeutschen **Bauhauptgewerbe** hat sich die Geschäftslage wieder verschlechtert; dies betraf gleichermaßen den Hoch- und Tiefbau. In den Geschäftserwartungen kam hinsichtlich des Tiefbaus sogar erhöhter Pessimismus zum Ausdruck, während er in Bezug auf den Hochbau etwas nachgelassen hat. Der Auslastungsgrad der Gerätekapazitäten ging im Durchschnitt bei sinkender Bauproduktion etwas zurück, lag aber mit 58% leicht über dem entsprechenden Vorjahreswert. An der Reichweite der Auftragsbestände (2,2 Monate) hat sich nichts verändert, sie wurden aber vermehrt als unzureichend bewertet. Die Eintrübung des Geschäftsklimas in den neuen Bundesländern ist sowohl auf eine negativere Beurteilung der derzeitigen Geschäftslage als auch eine pessimistischere Einschätzung der Perspektiven zurückzuführen. Die Geräte waren ähnlich genutzt (71%) wie im Vormonat, aber stärker als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Etwas abgenommen hat dagegen die Reichweite der Auftragsbestände (2,1 Monate). Dementsprechend wurden sie auch wieder kritischer beurteilt. Eine weitere Verringerung der Belegschaftszahlen erwarteten die Unternehmen in beiden Teilen Deutschlands, wobei derartige Meldungen im Westen (per saldo 47% der Testteilnehmer) noch ausgeprägter waren als im Osten (36%). Während man in den alten Bundesländern Chancen für künftige Preissteigerungen sah, rechnete man in den neuen mit Stabilisierung.

Nach der sprunghaften Besserung hat sich das Geschäftsklima im westdeutschen **Großhandel** etwas eingetrübt, vor

¹ Die ausführlichen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests sowie Unternehmensbefragungen in den anderen EU-Ländern werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

allem auf Grund der wieder skeptischeren Einschätzung der Geschäftsaussichten im Konsumgüterbereich. Aber auch die aktuelle Lage wurde etwas negativer eingestuft. Die Orderpläne zeigten vermehrt nach unten, zumal die Lagerbestände weiterhin als überhöht angesehen wurden. In den neuen Bundesländern überwogen die negativen Geschäftslageurteile wieder deutlicher. Da sich der Lagerdruck stärker bemerkbar machte, waren die Bestellplanungen trotz etwas aufgehellter Perspektiven insgesamt weiterhin nach unten ausgerichtet. Nach Ansicht der Unternehmen dürfte sich der Preisanstieg – wie in Westdeutschland – in den nächsten Monaten beschleunigen.

Als enttäuschend galt weiterhin die Geschäftslage im **Einzelhandel** der alten Bundesländer. Hinsichtlich der künftigen Entwicklung äußerten sich die Unternehmen aber kaum noch pessimistisch; aufgehellt haben sich die Perspektiven dabei vor allem im Verbrauchsgüterbereich sowie im Nahrungs- und Genussmittelsektor. Im Durchschnitt konnten die beträchtlichen Lagerüberhänge reduziert werden; dies spiegelt sich auch in den deutlich weniger restriktiven Bestellplänen wider. In Ostdeutschland besserte sich neben den Erwartungen auch die Geschäftslage, wenngleich in beiden Teilkomponenten des Geschäftsklimas die negativen Meldungen noch ein leichtes Übergewicht hatten. Da aber der Lagerdruck spürbar zugenommen hat, planten die Testfirmen sogar vermehrt, die Ordertätigkeit einzuschränken. Im Gegensatz zu ihren Kollegen im Westen sahen die ostdeutschen Einzelhändler Spielräume für Preisanhebungen in den nächsten Monaten. Der Anteil der Unternehmen, die mit Personalfreisetzen rechneten, hat in den neuen Bundesländern wieder zugenommen (per saldo 18%), in den alten (14%) dagegen abgenommen.



17

ifo Forschungsberichte

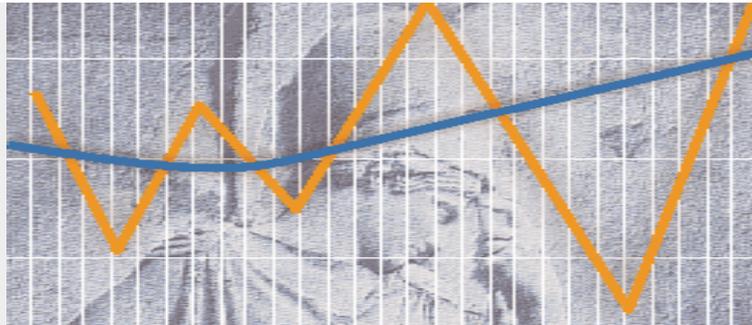
Vom OFFENSIV-Gesetz zur „Aktivierenden Sozialhilfe“

**Ein Konzept zur Reform der Arbeitsmarkt-
und Sozialpolitik als Beitrag zu mehr
Beschäftigung und Wachstum**

Christian Holzner
Wolfgang Ochel
Martin Werding

ifo Institut für
Wirtschaftsforschung
an der Universität München

Bereich: Sozialpolitik und Arbeitsmärkte



12

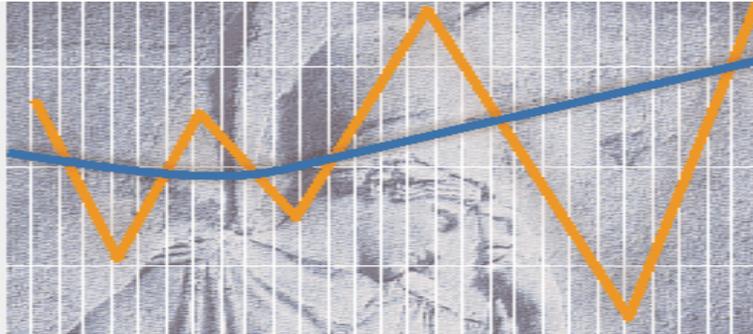
ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung

Die Bedeutung von Patentschutz für den Technologietransfer in Entwicklungsländern

**Erfahrungen der chemischen Industrie in
Südkorea, Malaysia und Chile im Vergleich**

von
Thomas Röhm

ifo Institut für
Wirtschaftsforschung
an der Universität München



13

ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung

Angebot und Nachfrage im Außenhandel

**Theoretische Überlegungen und
eine Kointegrationsanalyse für Deutschland**

von
Martin Meurers

ifo Institut für
Wirtschaftsforschung
an der Universität München

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

Englisch:

<http://www.cesifo.de/lfoInstitute>

